



Geschäftsanweisung  
für die  
Gemeindewaisenräte  
im  
Herzogthume Braunschweig



047/52

entwertet

Op 7/52

UB Braunschweig

84



1416-793-9

# Geschäftsanweisung

für die

# Gemeindewaisenräte

in

## Herzogtume Braunschweig.



Of 7/52

entwertet

Braunschweig 1906.

Druck der Waisenhaus-Buchdruckerei.

# Inhaltsverzeichnis.

	Seite
§ 1. Vorwort . . . . .	7

## I. Abschnitt.

### Organisation und Stellung des Gemeindewaisenrates.

§ 2. Der Gemeindewaisenrat eine Gemeindebehörde . . . .	8
§ 3. Befugnisse des Vormundschaftsgerichtes . . . . .	9
§ 4. Organisation des Gemeindewaisenrates in den Land- gemeinden . . . . .	9
§ 5. Organisation des Gemeindewaisenrates in den Städten	10
§ 6. Welche Personen sind von dem Amte eines Waisenrates ausgeschlossen und welche Grundsätze sind bei der Wahl von Waisenräten zu beobachten? . . . . .	11
§ 7. Welche Personen können die Wahl zum Waisenrate ab- lehnen oder bedürfen einer besonderen Genehmigung zur Übernahme des Amtes? . . . . .	11
§ 8. Verpflichtung der Waisenräte . . . . .	12
§ 9. Rechtliche Behinderung der Waisenräte . . . . .	13
§ 10. Freiwillige Niederlegung des Amtes eines Waisenrates	13
§ 11. Erzwungene Niederlegung des Amtes eines Waisen- rates und deren Folgen . . . . .	14
§ 12. Strafen für ungehörliche Ablehnung oder Niederlegung des Amtes eines Waisenrates . . . . .	14
§ 13. Bare Auslagen . . . . .	15

## II. Abschnitt.

### Die Tätigkeit und die Amtspflichten des Waisentrates im allgemeinen.

	Seite
§ 14. Persönlicher Verkehr mit Mündeln, Vormündern usw.	17
§ 15. Verkehr mit dem Vormundschaftsgerichte . . . . .	18
§ 16. Akten . . . . .	19
§ 17. Haftung des Waisentrates für Schadenerfolg . . . . .	20
§ 18. Verpflichtung des Waisentrates zur Amtsverschwiegenheit	20
§ 19. Beschwerden gegen das Vormundschaftsgericht . . . . .	20

## III. Abschnitt.

### Die einzelnen Amtspflichten des Waisentrates.

§ 20. Vorbemerkung . . . . .	21
------------------------------	----

#### Kapitel I.

#### Pflichten des Waisentrates rücksichtlich der unter elterlicher Gewalt stehenden Personen.

§ 21. Allgemeines . . . . .	22
§ 22. Wer steht unter elterlicher Gewalt? . . . . .	22
§ 23. Wer übt die elterliche Gewalt aus? . . . . .	23
§ 24. Wann ruht die elterliche Gewalt? . . . . .	25
§ 25. Wann endigt die elterliche Gewalt? . . . . .	26
§ 26. Welche Rechte und Pflichten verleiht die elterliche Gewalt?	27
§ 27. Insbesondere die Sorge für die Person. . . . .	28
§ 28. Sorge für das Vermögen, Vermögensverwaltung und Nutznießung . . . . .	29
§ 29. Besondere Bestimmungen über die elterliche Gewalt der Mutter (Beistandschaft) . . . . .	34
§ 30. Wann hat das Vormundschaftsgericht einzuschreiten und der Waiserrat Anzeige zu machen? . . . . .	35

#### Kapitel II.

#### Pflichten des Waisentrates wegen der unter Vormundschaft stehenden Personen.

##### A. Allgemeines.

§ 31. Vorbemerkungen . . . . .	42
§ 32. Wer erhält einen Vormund? . . . . .	43

	Seite
§ 33. Wer erhält einen Pfleger? . . . . .	45
§ 34. Wann endigt die Vormundschaft und die Pflög- schaft? . . . . .	47
§ 35. Gesetzliche Bestimmungen über die Rechte und Pflichten des Waisenrates bei Ausübung des vormundschafterlichen Schutzes . . . . .	48

#### B. Tätigkeit des Waisenrates bei Anordnung einer Vormundschaft oder Pflögenschaft.

§ 36. Einleitung . . . . .	50
§ 37. Welche Personen sind als Vormünder berufen, und in welcher Reihenfolge sind sie berufen? . . . . .	50
§ 38. Welche Personen können und sollen nicht zu Vor- mündern bestellt werden? . . . . .	53
§ 39. Welche Personen können die Uebernahme der Vor- mundschaft ablehnen? . . . . .	54
§ 40. Was hat der Waisenrat bei Auswahl der von ihm zu Vormündern usw. vorzuschlagenden Personen zu beob- achten? . . . . .	55
§ 41. Tätigkeit des Waisenrates bei Bestellung eines Va- milienrates . . . . .	59

#### C. Pflichten des Waisenrates in Beziehung auf die Beaufsichtigung der bestehenden Vormundschaften.

§ 42. Vorbemerkungen . . . . .	60
§ 43. Rechte und Pflichten des Vormundes . . . . .	62
§ 44. Ueberwachung der Vormünder rüchftlich pflichtmäßiger Fürsorge für die Person des Mündels . . . . .	70
§ 45. Pflichten des Waisenrates rüchftlich der Verwaltung des Vermögens des Mündels . . . . .	73

### Kapitel III.

#### Mitwirkung des Waisenrates bei der öffentlichen Zwangserziehung Minderjähriger.

§ 46. Vorbemerkungen und Begriff der Zwangserziehung . . . . .	75
§ 47. Pflichten des Waisenrates . . . . .	76

**Kapitel IV.**

**Pistenführung und Formulare.**

	Seite
§ 48. Allgemeines . . . . .	78
§ 49. Mündellisten . . . . .	79
§ 50. Mündelblätter . . . . .	83

Abkürzung B. G. B. = Bürgerliches Gesetzbuch.



**Geschäftsanweisung**  
für die  
**Gemeindewaisenräte**  
im  
**Herzogtume Braunschweig.**

§ 1.

**V o r w o r t.**

Das am 1. Januar 1900 in Kraft getretene Bürgerliche Gesetzbuch räumt — abgesehen von der Familie — auch der Gemeinde eine Mitwirkung bei der den Amtsgerichten übertragenen Führung der Obervormundschaft ein und schreibt vor, daß diese Mitwirkung durch Gemeindewaisenräte auszuüben ist (B. G. B. §§ 1849 ff.).

Aus den Motiven zu dem Gesetze ergibt sich, daß die Gemeindewaisenräte den Gerichten als den obersten Vormundschaftsbehörden als Hilfsorgane für die ihnen obliegende, unmittelbare Aufsicht über Eltern und Kinder, Vormünder und Mündel zur Seite gestellt sind. Die näheren Bestimmungen über die Bestellung und Organi-

sation der Gemeindewaisenräte überläßt das B. G. B. den Landesgesetzen. Für das Herzogtum Braunschweig sind die näheren Vorschriften durch die §§ 80 ff. des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche vom 12. Juni 1899 Nr. 36 gegeben.

## **I. Abschrift.**

### **Organisation und Stellung des Gemeindewaisenrates.**

#### **§ 2.**

#### **Der Gemeindewaisenrat eine Gemeindebehörde.**

In jeder Gemeinde des Herzogtumes ist ein Gemeindewaisenrat als besondere Gemeindebehörde zu bilden. Das einzelne Mitglied des Gemeindewaisenrates heißt Waisenrat. Durch seine Bestellung ist der Waisenrat als im Dienste der Gemeinde angestellte Person, also als Beamter im Sinne des § 359 des Strafgesetzbuches anzusehen. Damit hat er einmal erhöhte Pflichten: er hat wie andere Beamte die Würde seines Amtes zu wahren, und die Bestimmungen des Strafgesetzbuches über Amtsvergehen (§ 331 „Bestechung“ ff.) finden auf ihn Anwendung. Andererseits hat er erhöhten Schutz. Bei Beleidigungen mit Beziehung auf seinen Beruf (St. G. B. § 196) und grober Ungebühr (P. St. G. B. § 6 Nr. 1) kann auch die vorgelegte Behörde für ihn Strafantrag stellen.

Das Amt des Waisenrates ist ein Ehrenamt.

Die Dienstaufsicht über die Waisenräte und ihre Geschäftsführung steht nicht den Vormundschaftsgerichten, sondern den Gemeinden (Gemeindevorsteher, Stadtmagistrat und den weiteren Aufsichtsbehörden) zu.

§ 3.

**Befugnisse des Vormundschaftsgerichtes.**

Unabhängig von der den Gemeindebehörden und den diesen vorgesetzten Staatsbehörden zustehenden Dienstaufsicht und Disziplinargewalt über die Waisenräte hat das Vormundschaftsgericht das Recht, sich über Ordnungs- und Pflichtwidrigkeiten in der Geschäftsführung der Waisenräte und auch dann zu beschweren, wenn eine unwürdige Person, z. B. ein sittlich nicht einwandfreier Mensch, zum Waisenrat gewählt sein sollte.

Die Waisenräte unterliegen, wie alle anderen Staatsangehörigen, der Rechtspfprechung der Gerichte und können daher nach § 33 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17. Mai 1898 (in der Fassung vom 20. Mai 1898) durch Ordnungsstrafen zur Befolgung gerichtlicher Anordnungen angehalten werden.

§ 4.

**Organisation des Gemeindewaisenrates in den Landgemeinden.**

In den Landgemeinden besteht der Gemeindewaisenrat aus einem oder mehreren Mitgliedern. Im letzteren Falle wird jedem Mitgliede ein besonderer Bezirk zugewiesen. Die Bestimmung der Zahl der Waisenräte, ihre Wahl, welche auf die Dauer von 6 Jahren erfolgt, und die Abgrenzung der Bezirke ist durch den Gemeinderat vorzunehmen. In der Regel wird für jede Landgemeinde ein einziger Waisenrat genügen.

Bei zeitweiliger Behinderung haben sich die mehreren Waisenräte einer Landgemeinde gegenseitig zu vertreten;

im übrigen erfolgt die Vertretung eines Waisenrates durch den Gemeindevorsteher.

In denjenigen Landgemeinden, in denen ein Gemeinderat nicht besteht, ist der Gemeindevorsteher Waisenrat. Er kann jedoch für die Dauer seines Amtes mit Genehmigung der Herzoglichen Kreisdirection einen anderen zur Uebernahme des Amtes bereiten Gemeindegensossen zum Waisenrate bestellen. Letzterer wird nöthigenfalls durch den Gemeindevorsteher vertreten.

Ist der Gemeindevorsteher selbst Waisenrat, so wird er durch den Gemeindevorstehergehilfen vertreten.

### § 5.

#### **Organisation des Gemeindewaisenrates in den Städten.**

In den Städten erfolgt die Organisation des Gemeindewaisenrates durch statutarische Bestimmungen.

Gesetzlich vorgeschrieben ist jedoch, daß die Waisenträte durch die vereinigte Versammlung des Stadtmagistrates und der Stadtverordneten auf die Dauer von sechs Jahren gewählt werden, soweit nicht nach statutarischen Bestimmungen gewisse städtische Beamte auch das Amt von Waisenträten verwalten.

In den städtischen Statuten kann bestimmt werden, daß die Waisenträte Frauen in widerruflicher Weise zu Waisenpflegerinnen annehmen können, welche den Waisenrat in der Ueberwachung der Erziehung und der körperlichen Pflege von noch nicht schulpflichtigen Mündeln oder Pflegebefohlenen und älteren, weiblichen Mündeln zu unterstützen haben. Ein Zwang zur Uebernahme dieser Stellung als Waisenpflegerinnen besteht jedoch nicht. Der Waisenrat wird dadurch, daß er Waisenpflegerinnen in

Anspruch nimmt, der ihm selbst obliegenden Verpflichtungen nicht enthoben.

§ 6.

**Welche Personen sind von dem Amte eines Waisenrates ausgeschlossen, und welche Grundsätze sind bei der Wahl von Waisenträten zu beobachten?**

Von dem Amte eines Waisenrates sind die Beamten des Vormundschaftsgerichtes und diejenigen Personen ausgeschlossen, welche nicht zum Stadtverordneten oder zum Mitgliede des Gemeinderates gewählt werden können. Es wird der Sachlage entsprechen, wenn nur gut beleumdete, möglichst unabhängige und solche Männer zu Waisenträten gewählt werden, welche ein freies, selbständiges Urtheil und in Folge längeren Aufenthaltes in der Gemeinde genaue Kenntniß von den Verhältnissen in der letzteren besitzen, und wenn das Amt eines Waisenrates regelmäßig mit demjenigen eines Armenpflegers nicht verbunden wird.

§ 7.

**Welche Personen können die Wahl zum Waisenrate ablehnen oder bedürfen einer besonderen Genehmigung zur Uebernahme des Amtes?**

Die Wahl zum Waisenrate, welche den Gewählten amtlich mitzuteilen ist, darf nur von denjenigen Personen abgelehnt werden, welche das 65. Lebensjahr vollendet haben oder an anhaltender, die Erfüllung der zu übernehmenden Obliegenheiten hindernder Krankheit oder Körperschwäche leiden oder in solchen häuslichen oder geschäftlichen Verhältnissen stehen, daß sie durch Annahme der Wahl einen erheblichen Nachtheil erleiden würden.

Außerdem sind diejenigen, welche das Amt eines Waisenrates bekleidet haben, nach ihrem Ausscheiden für eine gleiche Zeit zur Ablehnung berechtigt.

Ueber die Zulässigkeit der Ablehnung entscheidet in den Landgemeinden der Gemeinderat, gegen dessen Entscheidung binnen einer Woche Beschwerde an den Kreis-  
ausschuß stattfindet. Gegen die Entscheidung des letzteren kann binnen zwei Wochen Klage beim Verwaltungsgerichtshofe erhoben werden.

In den Städten steht dem zum Waisenrate Gewählten binnen 14 Tagen von der Bekanntmachung an gerechnet eine Vorstellung bei der vereinigten Versammlung des Stadtmagistrates und der Stadtverordneten und gegen deren ablehnenden Bescheid binnen zwei Wochen Klage beim Verwaltungsgerichtshofe zu.

Zur Uebernahme des Amtes eines Waisenrates haben in den Städten alle Staatsdiener, städtischen Hilfsbeamten, Gemeindediener, Geistlichen und Schullehrer, in den Landgemeinden alle Staatsdiener, Geistlichen und Schullehrer die Erlaubnis ihrer vorgesetzten Behörde einzuholen. Das Amt darf vor Erteilung dieser Erlaubnis, welche sofort nach der amtlichen Benachrichtigung von der Wahl zu erwirken ist, nicht übernommen werden.

## § 8.

### **Verpflichtung der Waisenräte.**

Die Verpflichtung der gewählten Waisenräte geschieht in den Landgemeinden durch den Gemeindevorsteher, in den Städten durch den Stadtmagistrat.

Soweit in den Landgemeinden die Gemeindevorsteher selbst Waisenräte sind, findet ihre Verpflichtung durch die Kreisdirection möglichst zugleich mit ihrer Beedigung als Gemeindevorsteher statt.

Die Waisenräte sind in ihr Amt einzuweisen und haben bei ihrer Verpflichtung treue und gewissenhafte Amtsführung und gewissenhafte Beobachtung der ihnen durch Gesetze und Anweisungen auferlegten Pflichten durch Handschlag anzugeloben. Eine besondere Beeidigung erfolgt nicht. Bei der Einweisung in ihr Amt sind ihnen die nötigen Drucksachen, Schriftstücke und Akten und ein Exemplar dieser Anweisung zu übergeben. Vergl. auch § 18.

Das Amt der Waisenräte beginnt mit der Verpflichtung.

#### § 9.

##### **Rechtliche Behinderung der Waisenräte.**

Der Waisenrat hat sich in allen Fällen, in denen er oder seine nahen Verwandten beteiligt sind, der eigenen Tätigkeit zu enthalten und seinen Stellvertreter für sich handeln zu lassen.

#### § 10.

##### **Freiwillige Niederlegung des Amtes eines Waisenrates.**

Eine freiwillige Niederlegung des Amtes eines Waisenrates kann in den Landgemeinden aus den die Ablehnung der Wahl zum Waisenrate rechtfertigenden Gründen erfolgen (vgl. oben § 7). Sie kann in den Städten erfolgen, wenn die Bedingungen der Wählbarkeit nicht mehr vorhanden sind (vgl. oben § 6) und aus den die Ablehnung der Wahl zum Waisenrate rechtfertigenden Gründen (vgl. oben § 7).

Ueber die Zulässigkeit der Niederlegung entscheidet in den Landgemeinden der Gemeinderat, gegen dessen Beschluß binnen einer Woche Beschwerde beim Kreis-

ausschüsse stattfindet. Gegen die Entscheidung des Kreis-  
ausschusses kann binnen zwei Wochen Klage beim Ver-  
waltungsgerichtshofe erhoben werden.

In den Städten hat über die Zulässigkeit der  
Niederlegung des Amtes eines Waisenrates die vereinigte  
Versammlung des Stadtmagistrates und der Stadtver-  
ordneten zu entscheiden. Gegen ihren Beschluß ist binnen  
zwei Wochen Klage beim Verwaltungsgerichtshofe zulässig.

### § 11.

#### **Erzwungene Niederlegung des Amtes eines Waisenrates und deren Folgen.**

Erzwungene Niederlegung des Amtes eines Waisen-  
rates (Absetzung) kann wegen unwürdigen Verhaltens und  
wegen Wegfalls der Bedingungen der Wählbarkeit  
beschlossen werden (vgl. oben § 6). Für die Entscheidung  
über solche Fälle gelten die in § 10 ausgesprochenen  
Grundsätze.

Ein wegen unwürdigen Verhaltens abgesetzter Waisen-  
rat verliert für die Zeit, in welcher er sein Amt an sich  
noch zu verwalten gehabt haben würde, mindestens aber  
für eine Zeit von zwei Jahren, die Wählbarkeit zum  
Waisenrate.

### § 12.

#### **Strafen für ungesetzliche Ablehnung oder Nieder- legung des Amtes eines Waisenrates.**

Wer die Annahme der Wahl zum Waisenrate ohne  
gesetzlichen Grund verweigert (vgl. § 7), oder wer das  
Amt eines Waisenrates ohne gesetzlichen Grund niederlegt,  
(vgl. § 10), hat für den Zeitraum, in welchem er das Amt  
zu verwalten oder weiter zu verwalten verpflichtet war,



eine nach seinem Einkommen festzusetzende Strafe zu entrichten, welche in den Landgemeinden in die Ortsarmenkasse fließt und zwischen 5 und 100 M jährlich zu bemessen ist, in den Städten der Stadtkasse zufließt und zwischen 10 und 100 M für das Jahr beträgt. Außerdem verliert er, wenn es sich um eine Landgemeinde handelt, sein Wahlrecht in der Gemeinde, während er, wenn eine Stadtgemeinde in Frage kommt, das Ruhen seines Bürgerrechts für jenen Zeitraum bewirkt.

Die Straffestsetzung erfolgt in den Landgemeinden durch den Gemeinderat, gegen dessen Beschluß binnen einer Woche Beschwerde beim Kreisausschusse verfolgt werden kann. Gegen die Entscheidung des letzteren kann binnen zwei Wochen Klage beim Verwaltungsgerichtshofe erhoben werden.

In den Städten wird die Strafe durch die Stadtverordneten-Versammlung festgesetzt, gegen deren Entscheidung binnen zwei Wochen Beschwerde bei der vereinigten Versammlung des Stadtmagistrates und der Stadtverordneten verfolgt werden kann. Gegen die Entscheidung der letzteren findet binnen zwei Wochen Klage beim Verwaltungsgerichtshofe statt.

### § 13.

#### **Bare Auslagen.**

Der Waisenrat braucht zur Erfüllung seiner Dienstobligationen keinerlei Aufwendungen aus seinem eigenen Vermögen zu machen; vielmehr sind ihm auf entsprechende, tunlichst mit Belegen zu versehenende Kostenrechnungen die von ihm gemachten notwendigen baren Auslagen aus der Gemeindekasse, oder von denjenigen, die zur Tragung der Gemeindelaften verpflichtet sind, zu erstatten. Bezüglich

dieser voraussichtlich nur geringfügigen Auslagen wird auf möglichste Sparsamkeit gerechnet werden können.

Es empfiehlt sich, ein Ausgabenbuch mit folgenden Spalten anzulegen und zu führen:

Uf. Nr.	Datum der Ausgabe	Nähere Bezeichnung der Ausgabe Kurzer Inhalt u. Aufschrift des Briefes Bezeichnung des Kaufes — Zweck der Dienstreise unter Angabe der gemachten Auf- wendungen	Betrag		Bemerkungen
		M	S		
1	3./1. 1901	Brief an Amtsger. Schöp- penstedt i. S. Banse Vormundschaft . . . . .		10	
2	6./1. 1901	An die Papierhandlung von N. für Papier u. Brief- umschläge . . . . .	1	50	Vergl. Emp- fangsbe- scheinigung

Die einzelnen Ausgabeposten sind möglichst mit Empfangsbescheinigungen zu belegen, welche dem Ausgabenbuche beizufügen und mit seiner Nummer zu versehen sind.

In Streitfällen erfolgt die Festsetzung dieser baren Auslagen durch das Vormundschaftsgericht. Gegen die Entscheidung des Vormundschaftsgerichtes steht den Beteiligten binnen zwei Wochen eine Beschwerde beim Landgerichte zu.

Aus Zweckmäßigkeitsgründen kann auch bestimmt werden, daß an die Stelle der Erstattung der baren Aus-

lagen eine in regelmäßigen Zeitabschnitten zu zahlende Pauschsumme tritt. In den Landgemeinden ist zu einer solchen Anordnung behufs Verhütung unangemessener Sätze die Genehmigung der Herzoglichen Kreisdirection erforderlich, während in den Städten die Statuten hierüber zu bestimmen haben.

## II. Abschrift.

### **Die Tätigkeit und die Amtspflichten des Waisenrates im allgemeinen.**

#### § 14.

#### **Persönlicher Verkehr mit Mündeln, Vormündern usw.**

Jeder Waisenrat verwaltet sein Amt selbständig und unter eigener Verantwortung. Er verkehrt innerhalb seines Geschäftskreises mit den Vormündern, Gegenvormündern, Pflegern und Mündeln unmittelbar.

In erster Linie muß der Waisenrat seine Schutzbefohlenen und ihre Vermögens- und Familienverhältnisse, insbesondere auch ihre Vormünder und Pfleger, genau kennen lernen.

Diese Kenntniss wird er vorzugsweise durch persönlichen Verkehr mit den genannten Personen erlangen. Bei seinen persönlichen Besuchen, die je nach den besonderen Umständen des Falles mehr oder minder häufig zu wiederholen sind, hat der Waisenrat ohne Rücksicht auf eigene Bequemlichkeit zu verfahren und in wohlwollenden Formen und ohne rauhe Härte so vorzugehen, wie es die Verhältnisse gebieten.

### **Verkehr mit dem Vormundschaftsgerichte.**

Der Waisenrat soll zum Wohle seiner Mündel nicht nur selbst einen erspriesslichen Verkehr mit dem Vormundschaftsgerichte pflegen, sondern solchen auch zwischen den Mündeln, ihren Vormündern oder Pflegern und dem Vormundschaftsgerichte vermitteln.

Dieser Verkehr wird ein doppelter sein müssen, ein schriftlicher und ein persönlicher mündlicher.

Was den schriftlichen Verkehr anlangt, so hat der Waisenrat alle an ihn ergehenden Anfragen des Vormundschaftsgerichtes schnell und erschöpfend zu beantworten, alle Schreiben kurz und bestimmt unter Weglassung unnötiger Weitläufigkeiten und Höflichkeitsformen abzufassen und ohne Verzug abzusenden. Insbesondere ist auf pünktlichen Geschäftsbetrieb im Interesse der Sache großes Gewicht zu legen.

Schreiben des Vormundschaftsgerichtes, welche einer Antwort bedürfen und nicht Mittheilungen von dauerndem Werte für den Waisenrat enthalten, sind mit der darauf gesetzten Antwort urschriftlich zurückzusenden. Aus jedem Schreiben des Waisenrates muß genau hervorgehen, zu welcher Vormundschafts- oder Pflegschaftssache es gehört, oder in welcher Angelegenheit es abgesandt wird.

Schreiben an das Vormundschaftsgericht sind, soweit sie nicht persönlich abgegeben werden können, frei zu machen. Der Waisenrat hat für das aufgewandte Porto usw. gemäß § 13 von der Gemeinde Ersatz zu beanspruchen.

Jedem Waisenrate liegt ferner ob, mit dem Vormundschaftsrichter seines Bezirkes auch in möglichst lebhaften, persönlichen Verkehr zu treten.

Um solchen Verkehr anzubahnen und zu erleichtern, wird es sich empfehlen, die in mehreren städtischen Statuten vorgeschriebenen, periodischen Sitzungen des Gemeindewaisenrates auch für die übrigen Städte vorzuschreiben.

Die Waisenräte der zu einem Amtsgerichtsbezirke gehörenden Landgemeinden haben nach Bedarf, und zwar unter dem Vorstehe eines Vormundschaftsrichters, zu Sitzungen zusammen zu treten. Auch an den Sitzungen der städtischen Waisenräte wird ein Vormundschaftsrichter teilnehmen.

In Eilfällen, und wenn Angelegenheiten zu erledigen sind, deren Erörterungen in den Waisenratssitzungen ohne Indiskretion nicht tunlich ist, soll der Waisenrat den Vormundschaftsrichter auf seinem Geschäftszimmer auffuchen und mit ihm mündlich Rücksprache nehmen.

## § 16.

### **Akten.**

Die Anlegung eigentlicher Akten ist für den Waisenrat nicht erforderlich.

Jeder Waisenrat hat die ihm zu seiner Anweisung und zur Führung seines Amtes übergebenen Drucksachen, Formulare usw. übersichtlich geordnet aufzubewahren und die erforderlichen, im nachstehenden näher aufgeführten Listen und Blätter zu führen (§§ 49 und 50). Vgl. auch oben § 13 (Ausgabenbuch). Benachrichtigungen der Standesämter, welche an die Waisenräte gelangen, sind, nach der Zeit ihres Einganges geordnet, in einem Pappumschlage aufzubewahren.

Beim Ausscheiden eines Waisenrates aus seinem Amte oder nach dem Tode eines Waisenrates sind die in

seinem Besitze befindlichen, auf sein Amt bezüglichen Aktenstücke, Druckfachen, Anweisungen, Formulare, Register usw. — nötigenfalls unter Vermittelung der Aufsichtsbehörde — dem Nachfolger auszuhändigen.

### § 17.

#### **Haftung des Waisenrates für Schadenersatz.**

Die Haftung des Waisenrates für Schaden, der durch vorsätzliche oder fahrlässige Verletzung seiner Pflichten verursacht worden, ist nach den allgemeinen Grundsätzen der §§ 823 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches zu beurteilen.

### § 18.

#### **Verpflichtung des Waisenrates zur Amtsverschwiegenheit.**

Die Waisenräte sind verpflichtet, über alle vermöge ihres Amtes ihnen bekannt gewordenen Angelegenheiten, insbesondere über die Familien- und Vermögensverhältnisse der Beteiligten, Verschwiegenheit zu beobachten. Sie sind bei ihrer Bestellung (vgl. § 8) auf diese Verpflichtung besonders hinzuweisen.

### § 19.

#### **Beschwerden gegen das Vormundschaftsgericht.**

Wenn auch eine Beurteilung der Verfügungen des Vormundschaftsgerichtes dem Waisenrate an sich entzogen ist, so steht ihm doch das Recht zu, Beschwerde gegen eine Verfügung des Vormundschaftsgerichtes zu erheben, welche

seinen Anträgen auf Abstellung von Mängeln in einer die Sorge für die Person des Kindes oder Mündels betreffenden Angelegenheit nicht stattgibt. Diese Befugnis erstreckt sich aber nicht auf solche Verfügungen, welche zwar die Person des Kindes betreffen, aber nur mit der sofortigen Beschwerde angefochten werden können, und ferner nicht auf Verfügungen in vermögensrechtlichen Angelegenheiten.

Die Beschwerde kann durch Einreichung einer Beschwerdeschrift beim Vormundschaftsgerichte oder dem ihm vorgesetzten Landgerichte oder durch Erklärung zu Protokoll des Gerichtsschreibers eines dieser Gerichte eingelegt werden.

An eine Frist oder irgend eine weitere Form ist die Beschwerde nicht gebunden. In den meisten Fällen wird es schon genügen, wenn der Waisenrat bei dem Vormundschaftsgerichte mündlich oder schriftlich Vorstellung erhebt.

### III. Abschnitt.

#### **Die einzelnen Amtspflichten des Waisensrates.**

##### § 20.

#### **Vorbemerkung.**

Nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches und des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit hat der Waisenrat das Vormundschaftsgericht zum Schutze sowohl der unter elterlicher Gewalt als auch der unter Vormundschaft oder Pflegschaft stehenden Personen zu unterstützen.

## Kapitel I.

### Pflichten des Waisenrates rücksichtlich der unter elterlicher Gewalt stehenden Personen.

#### § 21.

##### Allgemeines.

Das Vormundschaftsgericht hat in Beziehung auf die Eltern als Inhaber der elterlichen Gewalt nicht das Recht und die Pflicht der ständigen Beaufsichtigung und Ueberwachung, wie bei Vormündern und Pflegern, sondern es darf nur dann einschreiten, wenn Mißbrauch mit der elterlichen Gewalt getrieben wird, insbesondere wenn der Person oder dem Vermögen des Kindes Schaden droht. Hierbei hat der Waisenrat hilfreiche Hand zu leisten.

Der § 1675 des Bürgerlichen Gesetzbuches bestimmt:

Der Waisenrat hat dem Vormundschaftsgericht Anzeige zu machen, wenn ein Fall zu seiner Kenntniss gelangt, in welchem das Vormundschaftsgericht zum Einschreiten berufen ist.

Damit aber der Waisenrat die ihm durch diese Gesetzesstelle auferlegten Pflichten ordnungsmäßig erfüllen kann, ist es für ihn von Wichtigkeit, zu wissen, wer unter elterlicher Gewalt steht, wer sie ausübt, wann sie ruht und endigt, welche Rechte und Pflichten sie verleiht und auferlegt, und wann das Vormundschaftsgericht gegen den Inhaber der elterlichen Gewalt einzuschreiten hat.

#### § 22.

##### Wer steht unter elterlicher Gewalt?

Eheliche Kinder stehen, solange sie minderjährig sind, also bis zur Vollendung ihres 21. Lebensjahres, und so-



weit sie nicht etwa durch eine Volljährigkeitserklärung die rechtliche Stellung Volljähriger erlangt haben, unter elterlicher Gewalt. Den ehelichen Kindern stehen diejenigen unehelichen Kinder gleich, welche durch Verheiratung des Vaters mit der Mutter (Legitimation durch nachfolgende Ehe) oder durch Ehelichkeitserklärung die rechtliche Stellung ehelicher Kinder erlangt haben. Ebenso erlangt auch ein an Kindes Statt angenommenes Kind die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes des Annehmenden, oder, falls ein solches Kind von einem Ehepaare gemeinschaftlich angenommen wird, oder ein Ehegatte ein Kind des anderen Ehegatten annimmt, die rechtliche Stellung eines gemeinschaftlichen, ehelichen Kindes der Ehegatten. Kinder aus nichtigen Ehen haben nur dann die Rechtsstellung von ehelichen Kindern, wenn sich wenigstens ein Ehegatte bei der Eheschließung im guten Glauben befunden hat; demjenigen Ehegatten, welchem die Nichtigkeit der Ehe bei der Eheschließung bekannt war, steht jedoch die elterliche Gewalt nicht zu.

Uneheliche Kinder haben zwar im Verhältniß zu der Mutter und zu deren Verwandten im allgemeinen die rechtliche Stellung ehelicher Kinder; jedoch steht der Mutter in Beziehung auf ihr uneheliches Kind nicht die elterliche Gewalt, sondern nur die Sorge für die Person des Kindes unter Ausschluß der Vertretung und mit der Maßgabe zu, daß der zu bestellende Vormund, soweit der Mutter die Fürsorge zusteht, die rechtliche Stellung eines Beistandes hat.

### § 23.

#### **Wer übt die elterliche Gewalt aus?**

Die elterliche Gewalt ist ein beiden Eltern gemeinschaftlich zustehendes Recht. Solange jedoch beide Eltern

leben und der Vater die elterliche Gewalt ausübt, tritt das Recht der Mutter zurück und ist auf einen Anteil an der Sorge für die Person des Kindes beschränkt. Bei einer Meinungsverschiedenheit geht das Recht des Vaters vor. Wenn aber der Vater gestorben oder für tot erklärt ist, oder wenn er die elterliche Gewalt verwirkt hat (vgl. unten § 25), oder wenn ihm die Vertretung entzogen und die Ehe aufgelöst ist, geht die Gewalt auf die Mutter über. Wenn in diesem letzteren Falle die Ehe nicht aufgelöst ist, muß für das Kind ein Vormund bestellt werden, während der Mutter die Sorge für die Person des Kindes neben dem Vormunde in gleicher Weise zusteht, wie früher neben dem Vater. Bei einer Meinungsverschiedenheit zwischen Mutter und Vormund geht also auch hier die Meinung des Vormundes vor.

Wenn der Vater an der Ausübung der elterlichen Gewalt tatsächlich verhindert ist, oder wenn seine elterliche Gewalt ruht (vgl. § 24), so tritt während der Dauer der Ehe die Mutter in die entstandene Lücke und übt die elterliche Gewalt aus, ohne daß ihr jedoch die Nutznießung am Vermögen des Kindes zustände, welche dem Vater verbleibt.

Ruht die elterliche Gewalt des Vaters nach Auflösung der Ehe und besteht keine Aussicht, daß der Grund des Ruhens wegfallen werde, ist vielmehr anzunehmen, daß das beim Vater bestehende Hindernis einen dauernden Charakter trage, so hat das Vormundschaftsgericht der Mutter auf ihren Antrag die Ausübung der elterlichen Gewalt zu übertragen. In diesem Falle erlangt die Mutter auch die Nutznießung am Vermögen des Kindes.

Ist die Ehe der Eltern aus einem der in den §§ 1565 bis 1568 B. G. B. angegebenen Gründen (also wegen Ehe-

bruches oder eines nach den §§ 171 und 175 des Strafgesetzbuches strafbaren Sittlichkeitsdeliktes, wegen Lebensnachstellung, wegen bösslicher Verlassung oder wegen schwerer Verletzung der durch die Ehe begründeten Pflichten — nicht also wegen Geisteskrankheit —) geschieden, so steht, solange die geschiedenen Ehegatten leben, die Sorge für die Person des Kindes dem nicht für schuldig erklärten Ehegatten, wenn aber beide Ehegatten für schuldig erklärt sind, für einen Sohn unter 6 Jahren und für eine Tochter der Mutter, für einen Sohn über 6 Jahren aber dem Vater zu. Das Vormundschaftsgericht kann jedoch im Interesse des Kindes aus besonderen Gründen abweichende Anordnungen treffen. Das Recht des Vaters zur Vertretung des Kindes bleibt unberührt. Der Ehegatte, dem hiernach die Sorge für die Person des Kindes nicht zusteht, behält die Befugnis, mit dem Kinde — nach näherer Regelung seitens des Vormundschaftsgerichtes — persönlich zu verfahren.

Ist der Gewalthaber verhindert, die elterliche Gewalt auszuüben, so hat das Vormundschaftsgericht, sofern nicht die elterliche Gewalt von der Mutter ausgeübt wird, die im Interesse des Kindes erforderlichen Maßregeln zu treffen (vgl. oben Absatz 2 und 3).

#### § 24.

##### **Wann ruht die elterliche Gewalt?**

Die elterliche Gewalt ruht, wenn der Gewalthaber:

- a. geschäftsunfähig ist;
- b. in der Geschäftsfähigkeit beschränkt ist;
- c. wegen körperlichen Gebrechens für seine Person und für sein Vermögen einen Pfleger erhalten hat;

- d. nach Feststellung des Vormundschaftsgerichtes an der Ausübung der Gewalt auf längere Zeit tatsächlich verhindert ist.

In den Fällen unter b und c steht ihm jedoch die Sorge für die Person des Kindes neben dem gesetzlichen Vertreter (also der Mutter, dem Vormunde oder dem Pfleger) zu; zur Vertretung des Kindes ist er nicht berechtigt. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und dem gesetzlichen Vertreter geht die Meinung des gesetzlichen Vertreters vor.

Solange die elterliche Gewalt des Gewalthabers ruht, darf sie von ihm nicht ausgeübt werden; dem Gewalthaber verbleibt jedoch im allgemeinen die Nutznießung am Vermögen des Kindes.

## § 25.

### **Wann endigt die elterliche Gewalt?**

Die elterliche Gewalt wird beendet:

- a. durch die Volljährigkeit oder Volljährigkeitserklärung des Kindes;
- b. durch den Tod des Kindes;
- c. durch Annahme des Kindes an Kindes Statt seitens eines anderen als des Ehegatten des leiblichen Vaters;
- d. durch den Tod oder die Todeserklärung des Gewalthabers;
- e. durch Verwirkung (vgl. unten);
- f. durch die Aufhebung des infolge der Annahme des Kindes an Kindesstatt begründeten Rechtsverhältnisses;
- g. bei der Mutter durch Wiederverheiratung.

Die elterliche Gewalt wird verwirkt, wenn der Gewalthaber wegen eines an dem Kinde verübten Verbrechens oder vorsätzlich verübten Vergehens (z. B. wegen Unzucht mit dem Kinde, vorsätzlicher Körperverletzung usw.) zu Zuchthausstrafe oder zu einer Gefängnisstrafe von mindestens 6 Monaten verurteilt ist. Die Verwirkung tritt mit der Rechtskraft des Urteils ein.

## § 26.

### **Welche Rechte und Pflichten verleiht die elterliche Gewalt?**

Die elterliche Gewalt wird vom Gesetze als eine vormundschaftliche Schutzgewalt aufgefaßt, welche ihrem Inhaber das Recht und die Pflicht der Sorge für die Person und für das Vermögen des Kindes einschließlich seiner Vertretung im Rechtsleben und außerdem das Recht der Nutznießung am Vermögen des Kindes gibt.

Die Sorge für die Person und für das Vermögen des Kindes umfaßt die Fürsorge in allen persönlichen und vermögensrechtlichen Verhältnissen des Kindes — soweit es nach dem Gesetze nicht ausnahmsweise für sich selbst sorgen darf — d. h. es fallen darunter nicht nur solche Handlungen, welche auf die persönlichen und die vermögensrechtlichen Beziehungen tatsächlich von Einfluß sind, sondern auch solche, durch welche der Rechtszustand des Kindes in den gedachten Beziehungen bestimmt oder berührt wird. Die letzteren faßt man unter dem Begriffe „Vertretung“ zusammen. Das Recht und die Pflicht des Gewalthabers, für die Person und das Vermögen des Kindes zu sorgen, erstreckt sich nicht auf diejenigen Angelegenheiten des Kindes, für die ein Pfleger bestellt ist.

§ 27.

**Insbefondere die Sorge für die Person.**

Die Sorge für die Person des Kindes umfaßt das Recht und die Pflicht, das Kind — nötigenfalls unter Anwendung angemessener Zuchtmittel — zu erziehen, zu beaufsichtigen, seinen Aufenthalt zu bestimmen und seine Herausgabe von jedem zu verlangen, der es dem Gewalthaber widerrechtlich vorenthält. Im übrigen ist die Fürsorge von dem Gesetze nicht näher bestimmt und geregelt und daher nach den Verhältnissen und Bedürfnissen des täglichen Lebens zu bestimmen.

Ist eine unter elterlicher Gewalt stehende Tochter verheiratet, so beschränkt sich die Sorge für ihre Person, die im übrigen dem Ehemanne zukommt, auf die Vertretung (vgl. § 26 am Ende) in den die Person betreffenden Rechtsangelegenheiten.

Die Eltern sind, auch wenn ihnen die elterliche Gewalt nicht zusteht, verpflichtet, dem Kinde insoweit Unterhalt zu gewähren, als die Einkünfte des Vermögens des Kindes und der Ertrag seiner Arbeit zum Unterhalte nicht ausreichen. Wenn sie hierzu ohne Gefährdung ihres standesgemäßen Unterhaltes nicht imstande sind, so sind sie ihren minderjährigen, unverheirateten Kindern gegenüber verpflichtet, alle verfügbaren Mittel zu ihrem und der Kinder Unterhalte gleichmäßig zu verwenden. Diese Verpflichtung tritt nur dann nicht ein, wenn ein anderer unterhaltspflichtiger Verwandter in gerader Linie, z. B. ein Großvater, vorhanden ist, oder soweit das Kind eigenes Vermögen hat, aus welchem sein Unterhalt bestritten werden kann. Im letzteren Falle darf also auch der Stamm des Vermögens des Kindes angegriffen werden. Eine verheiratete Tochter empfängt jedoch ihren

Unterhalt in erster Linie nicht von den Eltern, sondern von dem Ehemanne.

§ 28.

**Sorge für das Vermögen, Vermögensverwaltung und Nutznießung.**

**A. Allgemeines.**

Die Sorge für das Vermögen des Kindes — Vermögensverwaltung — umfaßt insbesondere die Fürsorge für die Erhaltung, Verwertung und Vermehrung des Vermögens sowohl in tatsächlicher, als auch in rechtlicher Hinsicht. Sie hat nach den Regeln einer ordentlichen Wirtschaft zu erfolgen. Als die wesentlichsten der Vermögensverwaltung angehörigen Angelegenheiten kommen die Anlegung des Geldes, die Vornahme der erforderlichen Rechtsgeschäfte und die Ziehung und Verwertung von Nutzungen in Betracht.

Die Vermögensverwaltung bezieht sich auf das ganze Vermögen des Kindes, soweit es nicht etwa bei letztwilligen Zuwendungen oder Schenkungen durch die Verfügung des Erblassers oder Schenkers der Verwaltung des Gewalthabers entzogen oder die Verwaltung bestimmten Beschränkungen unterworfen ist.

**B.**

Im einzelnen ist folgendes zu beobachten:

a) Vermögensverzeichnis.

Der Gewalthaber hat das seiner Verwaltung unterliegende Vermögen des Kindes, welches beim Tode des anderen Ehegatten vorhanden ist, oder dem Kinde später zufällt, zu verzeichnen und das Verzeichnis, nachdem er

es mit der Versicherung der Richtigkeit und Vollständigkeit versehen hat, dem Vormundschaftsgerichte einzureichen.

Bei Haushaltsgegenständen genügt die Angabe des Gesamtwertes.

#### b) Wiederverheiratung des Vaters.

Will der Vater eine neue Ehe eingehen, so hat er seine Absicht dem Vormundschaftsgerichte anzuzeigen, auf seine Kosten ein Verzeichnis des seiner Verwaltung unterliegenden Vermögens einzureichen und, soweit in Ansehung dieses Vermögens eine Gemeinschaft zwischen ihm und dem Kinde besteht, eine Auseinandersetzung herbeizuführen. Zu letzterem Zwecke ist ein Pfleger zu bestellen. Im übrigen behält der Vater auch nach Eingehung einer neuen Ehe die Verwaltung des Vermögens des Kindes, während die Mutter im Falle ihrer Wiederverheiratung die elterliche Gewalt verliert.

#### c) Zulässigkeit von Schenkungen.

Der Gewalthaber darf in Vertretung des Kindes nur solche Schenkungen machen, durch die einer sittlichen Pflicht oder einer auf den Anstand zu nehmenden Rücksicht entsprochen wird.

#### d) Anlegung von Geld.

Der Gewalthaber hat das seiner Verwaltung unterliegende Geld des Kindes nach den für Anlegung von Mündelgeld geltenden Vorschriften, also im wesentlichen in sicheren Hypotheken oder in sicheren Grund- oder Rentenschulden an inländischen Grundstücken, oder in mündelsicheren Wertpapieren anzulegen, soweit er es nicht zur Bestreitung von Ausgaben bereit zu halten hat und



soweit nicht das Vormundschaftsgericht aus besonderen Gründen eine andere Anlegung oder den Verbrauch des Geldes gestattet.

- e) Fälle, in denen die Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes erforderlich ist.

Der Gewalthaber bedarf zu folgenden Rechtsgeschäften für das Kind der Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes:

- a. zur Verfügung über ein Grundstück oder über ein Recht an einem Grundstück mit Ausnahme der Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden;
- b. zur Verfügung über eine Forderung, die auf Uebertragung des Eigentums an einem Grundstück oder auf Begründung oder Uebertragung eines Rechtes an einem Grundstück oder auf Befreiung eines Grundstückes von einem solchen Rechte gerichtet ist, mit Ausnahme der Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden;
- c. zur Eingehung der Verpflichtung zu einer der unter a und b bezeichneten Verfügungen;
- d. zu einem Rechtsgeschäfte, durch das das Kind zu einer Verfügung über sein Vermögen im ganzen oder über eine ihm angefallene Erbschaft oder über seinen künftigen, gesetzlichen Erbteil oder seinen künftigen Pflichtteil verpflichtet wird, sowie zu einer Verfügung über den Anteil des Mündels an einer Erbschaft;
- e. zu einem Vertrage, der auf den entgeltlichen Erwerb oder die Veräußerung eines Erwerbsgeschäftes gerichtet ist, sowie zu einem Gesellschaftsvertrage, der zum Betriebe eines Erwerbsgeschäftes eingegangen wird;

- f. zu einem Miet- oder Pachtvertrage oder einem andern Vertrage, durch den das Kind zu wiederkehrenden Leistungen verpflichtet wird, wenn das Vertragsverhältniß länger als ein Jahr nach der Vollendung des 21. Lebensjahres des Kindes fort dauern soll;
- g. zur Aufnahme von Geld auf den Kredit des Kindes;
- h. zur Ausstellung einer Schuldschreibung auf den Inhaber oder zur Eingehung einer Verbindlichkeit aus einem Wechsel oder einem andern Papiere, das durch Indossament übertragen werden kann;
- i. zur Uebernahme einer fremden Verbindlichkeit, insbesondere zur Eingehung einer Bürgschaft;
- k. zur Ertheilung einer Procura;
- l. zur Ausschlagung einer Erbschaft oder eines Vermächtnisses, sowie zum Verzicht auf einen Pflichttheil. Der Ausschlagung steht die Anfechtung der Annahme gleich. Die Genehmigung ist jedoch dann nicht erforderlich, wenn der Anfall nur in Folge der Ausschlagung des Vaters erfolgt ist, wenn z. B. der Vater die Erbschaft des Großvaters ausgeschlagen hat und die Erbschaft nun dem Kinde anfällt;
- m. zum Beginne eines neuen Erwerbsgeschäftes im Namen des Kindes.

Zu den unter g—i bezeichneten Rechtsgeschäften kann das Vormundschaftsgericht dem Gewalthaber dann eine allgemeine Ermächtigung erteilen, wenn sie zum Zwecke der Vermögensverwaltung, insbesondere zum Betriebe eines Erwerbsgeschäftes, erforderlich ist.

Gegenstände, zu deren Veräußerung die Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes erforderlich ist, z. B. Grund-

stücke, kann der Gewalthaber dem Kinde zur Erfüllung eines von dem Kinde geschlossenen Vertrages oder zu freier Verfügung nicht ohne diese Genehmigung überlassen.

Die Vermögensverwaltung des Gewalthabers endigt mit der Rechtskraft des Beschlusses, durch den der Konkurs über sein Vermögen eröffnet wird. Auch in diesem Falle ist ein Pfleger zu bestellen.

### f) Nutznießung.

Von der dem Gewalthaber am Vermögen des Kindes zustehenden Nutznießung ist das sogenannte freie Vermögen des Kindes ausgeschlossen.

Freies Vermögen sind im allgemeinen alle ausschließlich zum persönlichen Gebrauche des Kindes bestimmten Sachen, insbesondere Kleider, Schmuckfachen und Arbeitsgeräte, sowie, was das Kind durch seine Arbeit oder durch den ihm gestatteten, selbständigen Betrieb eines Erwerbsgeschäftes erwirbt.

Der Gewalthaber darf verbrauchbare Sachen, die zu dem seiner Nutznießung unterliegenden Vermögen gehören, veräußern oder verbrauchen, Geld jedoch nur mit Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes (vgl. oben unter d). Macht er von dieser Befugnis Gebrauch, so hat er den Wert der veräußerten oder verbrauchten Sachen zu ersetzen, wenn es die ordnungsmäßige Verwaltung des Vermögens erfordert, oder wenn ihm die Verwaltung des seiner Nutznießung unterliegenden Vermögens nicht zusteht. Spätestens hat er den Wert nach Beendigung der Nutznießung zu ersetzen.

Der Gewalthaber hat die Lasten des seiner Nutznießung unterliegenden Vermögens zu tragen.

Die Nutznießung endigt, wenn sich das Kind verheiratet; sie verbleibt jedoch dem Gewalthaber, wenn die

Ehe ohne die erforderliche, elterliche Einwilligung geschlossen ist.

Der Gewalthaber kann durch eine Erklärung, die in öffentlich beglaubigter Form vor dem Vormundschaftsgerichte abgegeben ist, auf die Nutznießung verzichten.

g)

Bei der Ausübung der elterlichen Gewalt hat der Gewalthaber dem Kinde gegenüber nur für diejenige Sorgfalt einzustehen, die er in eigenen Angelegenheiten anzuwenden pflegt.

Endigt oder ruht die elterliche Gewalt des Gewalthabers, oder hört aus einem anderen Grunde seine Vermögensverwaltung auf, so hat er dem Kinde das Vermögen herauszugeben und über die Verwaltung Rechenschaft abzulegen.

§ 29.

### **Besondere Bestimmungen über die elterliche Gewalt der Mutter (Beistandschaft).**

In betreff der elterlichen Gewalt der Mutter hat der Waisenrat dem Vormundschaftsgerichte Anzeige zu machen, wenn einer der Gründe vorliegt, welche bei bestehender elterlicher Gewalt der Mutter die Bestellung eines Beistandes erforderlich erscheinen lassen. Zugleich soll er hierbei von selbst oder auf Erfordern des Vormundschaftsgerichtes die zum Beistande geeignete Person vorschlagen.

Das Bürgerliche Gesetzbuch bestimmt, daß das Vormundschaftsgericht der Mutter einen Beistand zu bestellen hat, wenn:

- 1) der Vater die Bestellung durch letztwillige Verfügung angeordnet hat;
- 2) die Mutter die Bestellung beantragt;

- 3) das Vormundschaftsgericht aus besonderen Gründen, insbesondere wegen des Umfanges oder der Schwierigkeit der Vermögensverwaltung oder wegen Gefährdung des geistigen oder leiblichen Wohles oder des Vermögens des Kindes, die Bestellung im Interesse des Kindes für nötig erachtet.

Der Beistand hat die Pflicht, die Mutter bei der Ausübung der elterlichen Gewalt zu unterstützen und zu überwachen.

Für die Frage, welche Personen als Beistände berufen oder vorzuschlagen sind, sind die Bestimmungen über Bestellung der Vormünder zu beobachten. Vergl. unten §§ 36 ff.

### § 30.

#### **Wann hat das Vormundschaftsgericht einzuschreiten und der Waisenrat Anzeige zu machen?**

Die Fälle, in denen das Vormundschaftsgericht während des Bestehens der elterlichen Gewalt zum Einschreiten berufen ist, lassen sich in vier Klassen einteilen, nämlich:

- A. in solche, bei denen eine Behinderung des Gewalthabers vorliegt;
- B. in solche, bei denen eine Gefährdung der Person des Kindes und
- C. in solche, bei denen eine Gefährdung des Vermögens des Kindes zu besorgen ist, endlich
- D. in besondere Fälle.

#### **A. Behinderung des Gewalthabers.**

Ist der Vater verhindert, die elterliche Gewalt auszuüben, so hat das Vormundschaftsgericht, sofern nicht etwa die Mutter einzu=

treten hat, die im Interesse des Kindes erforderlichen Maßregeln zu treffen (Bürgerliches Gesetzbuch § 1665).

Diese Bestimmung bezieht sich sowohl auf die Fälle, in denen der Gewalthaber aus tatsächlichen Gründen, z. B. wegen einer Krankheit, wegen Unbekanntheit seines Aufenthaltes, wegen Abwesenheit im Auslande oder im Gefängnisse, als auch auf die Fälle, in denen er aus rechtlichen Gründen, z. B. wegen Widerstreites seiner Interessen mit denen des Kindes oder, weil ihm die Vermögensverwaltung rücksichtlich bestimmter Bestandteile des Vermögens des Kindes nicht zusteht, verhindert ist, die elterliche Gewalt auszuüben und das Kind zu vertreten.

Diese Regel gilt sowohl dann, wenn von vornherein feststeht, daß die Verhinderung längere Zeit dauern wird, als auch dann, wenn die Verhinderung eine vorübergehende ist. Voraussetzung für die Anwendbarkeit dieser Bestimmung ist aber auf der anderen Seite, daß die Gewalt nicht von der Mutter ausgeübt wird.

Erfährt also der Waisenrat, daß der Inhaber der elterlichen Gewalt — also entweder der Vater oder die Mutter — in eine Lage gekommen ist, die ihn verhindert, für die Kinder zu sorgen, so hat er, sofern nicht etwa bei Behinderung des Vaters die Mutter seine Stelle versieht, Anzeige beim Vormundschaftsgerichte zu erstatten, welches in diesen Fällen entweder einen Pfleger oder Vormund bestellen oder andere geeignete Maßregeln ergreifen wird. Diese Pflicht liegt ihm auch dann ob, wenn die an Stelle des behinderten Vaters zur Ausübung der elterlichen Gewalt berufene Mutter ebenfalls, z. B. wegen Krankheit usw., behindert ist.

**B. Gefährdung des geistigen oder leiblichen Wohles  
des Kindes.**

Wird das geistige oder leibliche Wohl des Kindes dadurch gefährdet, daß der Gewalthaber das Recht der Sorge für die Person des Kindes mißbraucht, das Kind vernachlässigt oder sich eines ehrlosen oder unsittlichen Verhaltens schuldig macht, so hat das Vormundschaftsgericht die zur Abwendung erforderlichen Maßregeln zu treffen. B. G. B. §§ 1666 und 1686.

Voraussetzung des Einschreitens des Vormundschaftsgerichtes ist also:

- a. die Gefährdung des geistigen oder des leiblichen Wohles des Kindes.

Es ist hiernach nicht erforderlich, daß durch das schuldvolle Verhalten des Vaters eine Verwahrlosung des Kindes in geistiger oder leiblicher Beziehung bereits verursacht ist, sondern nur daß die Gefahr einer solchen Verwahrlosung in der einen oder anderen Beziehung eingetreten, also seine Verwahrlosung zu befürchten ist.

- b. daß die Gefährdung geschieht:

- aa. durch Mißbrauch des elterlichen Rechtes der Sorge für die Person des Kindes oder
- bb. durch Vernachlässigung des Kindes oder
- cc. durch ehrloses oder unsittliches Verhalten.

Zu aa. Mißbrauch des Rechtes der Sorge für die Person des Kindes liegt insbesondere dann vor, wenn der Gewalthaber das Kind zu strafbaren oder unsittlichen Handlungen, z. B. zum Betteln, zu Diebereien anstiftet oder verleitet, wenn er sein Züchtigungsrecht überschreitet

oder das Kind mißhandelt, wenn er die Arbeitskraft des Kindes über Gebühr ausnützt.

Zu bb. Vernachlässigung des Kindes ist z. B. anzunehmen, wenn die Erziehung oder Beaufsichtigung mangelhaft gehandhabt wird, wenn das Kind nicht zum regelmäßigen Schulbesuch angehalten, oder wenn für sein leibliches Wohl nicht genügend gesorgt, insbesondere dem Kinde nur mangelhafter Unterhalt, schlechte und ungenügende Nahrung und Kleidung gewährt oder ihm nur ungenügende körperliche Pflege zuteil wird.

Zu cc. Ein ehrloses oder unsittliches Verhalten des Gewalthabers liegt nicht schon dann vor, wenn der Gewalthaber wegen einer strafbaren Handlung zu einer längeren Freiheitsstrafe — auch unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte — verurteilt ist. Es kommt vielmehr auf die Eigenschaft der Handlung und die begleitenden Umstände, insbesondere darauf an, ob zu befürchten ist, daß das Verhalten des Gewalthabers ohne Einschreiten des Vormundschaftsgerichtes einen verderblichen Einfluß auf das Kind ausüben werde.

Eine Gefährdung des Kindes kann insbesondere dadurch eintreten, daß es entgegen den Vorschriften des Reichsgesetzes, betreffend Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben, vom 30. März 1903 zur Arbeit herangezogen wird, sei es in einem überhaupt verbotenen Betriebe, sei es unter Ueberschreitung der beschränkenden Bestimmungen, die für die an sich zulässige Beschäftigung gegeben sind. In zweifelhaften Fällen hat sich der Waisenrat beim Vormundschaftsgerichte Belehrung zu erbitten.

### C. Gefährdung des Vermögens des Kindes.

Wird das Vermögen des Kindes dadurch gefährdet, daß der Gewalthaber die mit der



Vermögensverwaltung oder die mit der Nutznießung verbundenen Pflichten verletzt, oder daß er in Vermögensverfall gerät, so hat das Vormundschaftsgericht die zur Abwendung der Gefahr erforderlichen Maßregeln zu treffen. B. G. B. §§ 1667 und 1686.

Voraussetzung des Einschreitens ist hier:

- a. Gefährdung des Vermögens des Kindes. Es muß die Beforgnis vorliegen, daß durch das Verhalten des Vaters oder der Mutter das Vermögen in seinem Bestande oder in seinen Einkünften verringert werde. Daß diese Verringerung eine besonders erhebliche sei, ist nicht erforderlich.

Wann eine Gefährdung vorliegt, ist Tatfrage und nach den Verhältnissen des einzelnen Falles zu beurteilen. Im allgemeinen wird jedoch daran festzuhalten sein, daß eine einmalige Verletzung der mit der Vermögensverwaltung verbundenen Pflichten regelmäßig nicht genügen wird, auch wenn selbstverständlich je nach den Umständen schon eine einmalige Verletzung solcher Pflichten eine Gefährdung des Vermögens enthalten kann. Zum Beispiel würde eine Gefährdung unbedenklich dann anzunehmen sein, wenn ein Vater ein von ihm erhobenes Kapital seines Kindes vorschriftswidrig angreift.

- b. Fernere Voraussetzung ist, daß die Gefährdung des Vermögens dadurch herbeigeführt wird, daß die mit der Vermögensverwaltung oder der Nutznießung verbundenen Pflichten verletzt werden, oder daß der Gewalthaber in Vermögensverfall gerät.

Welche einzelnen Pflichten mit der Vermögensverwaltung und mit der Nutznießung verbunden sind, ergibt sich aus § 28.

Der Vermögensverfall wird sich regelmäßig in häufigen Zwangsvollstreckungen gegen den Gewalthaber äußern, kann aber schon vorliegen, ohne daß es hierzu gekommen ist. Daß der Gewalthaber an dem Vermögensverfalle Schuld trägt, ist nicht erforderlich.

Es mag hier besonders darauf hingewiesen werden, daß der Gewalthaber infolge der Eröffnung des Konkurses über sein Vermögen die Vermögensverwaltung verliert, und daß in diesem Falle ein Pfleger zu bestellen ist.

#### D. Besondere Fälle.

Besondere Fälle, in denen das Vormundschaftsgericht zum Einschreiten verpflichtet ist, sind folgende:

- a. wenn der Vater den Anordnungen eines Erblassers oder Schenkers über die Verwaltung des dem Kinde zugewandten Vermögens nicht nachkommt;
- b. wenn er nach dem Tode der Mutter das seiner Verwaltung unterliegende Vermögen des Kindes, welches bei dem Tode der Mutter vorhanden ist oder dem Kinde später zufällt, nicht verzeichnet;
- c. wenn er vor Eingehung einer neuen Ehe dem Vormundschaftsgerichte keine Anzeige hiervon macht, oder kein Verzeichniß über das seiner Verwaltung unterliegende Vermögen des Kindes einreicht oder keine Auseinandersetzung wegen einer in Ansehung dieses Vermögens zwischen ihm und dem Kinde etwa bestehenden Gemeinschaft herbeiführt.

- d. Endlich gehört hierher auch der Fall, wo bei bestehender elterlicher Gewalt der Mutter wegen des Umfanges oder der Schwierigkeit der Vermögensverwaltung oder wegen Gefährdung des geistigen oder leiblichen Wohles oder des Vermögens des Kindes im Interesse des Kindes, oder weil es der Vater angeordnet hat, oder die Mutter es wünscht, der Mutter ein Beistand zu bestellen ist.

Sobald einer von den vorstehend unter a—d erörterten Fällen zur Kenntniss des Waisenrates gelangt, hat er dem Vormundschaftsgerichte unverzüglich mündlich oder schriftlich Anzeige zu machen und dabei die das Einschreiten des Gerichtes rechtfertigenden Tatsachen möglichst genau mitzuteilen.

Aus dem Vorstehenden geht hervor, daß die dem Waisenrate vom Gesetze auferlegte Mitwirkung bei der Ueberwachung der elterlichen Gewalt ein weitgehendes Verständniß dafür erfordert, wie weit er in der Einmischung in Familienverhältnisse gehen darf. Es mag hier zusammenfassend nochmals darauf hingewiesen werden, daß sich der Waisenrat auf der einen Seite davor zu hüten hat, sich unnötigerweise in die Familienverhältnisse seiner Mitbürger einzumischen, alle Eltern mißtrauisch für pflichtvergessen zu halten oder sie gar in Beziehung auf die Erfüllung ihrer Pflichten gegen ihre Kinder ständig zu überwachen, daß er sich aber auf der anderen Seite gegen ihm bekannt gewordene Mißstände nicht blind erweisen darf, vielmehr in solchen Fällen vorsichtig weitere Nachforschungen anzustellen und, wenn er die ihm zugegangenen Angaben bestätigt findet, dem Vormundschaftsgerichte ohne Ansehen der Person Anzeige zu erstatten hat.

## Kapitel II.

### Pflichten des Waisenrates wegen der unter Vormundschaft stehenden Personen.

#### A. Allgemeines.

#### § 31.

#### Vorbemerkungen.

Der Waisenrat hat das Vormundschaftsgericht bei Ueberwachung der Vormundschaften zu unterstützen. Man unterscheidet Vormundschaften im engeren Sinne und Pfllegschaften.

Unter ersteren versteht man denjenigen vormundschaftlichen Schutz, der die Fürsorge für die Mündel und ihre Vertretung in allen Angelegenheiten, also sowohl die Fürsorge für ihre Person als auch die Fürsorge für ihr Vermögen umfaßt. Diese Vormundschaften zerfallen in solche über Minderjährige — also bis zum vollendeten 21. Lebensjahre — und in solche über Volljährige — Geistesranke oder Geisteschwache, Verschwender, Trinker —. Die Vormundschaft über Volljährige kann eine vorläufige sein; als solche kann sie über Volljährige angeordnet werden, deren Entmündigung beantragt ist, wenn es das Vormundschaftsgericht zur Abwendung einer erheblichen Gefährdung der Person oder des Vermögens des Volljährigen für erforderlich erachtet.

Unter einer Pfllegschaft versteht man die Fürsorge für die Mündel oder ihre Vertretung nur nach der Seite der Person oder nur nach der Seite des Vermögens oder nur für einzelne Angelegenheiten.

§ 32.

**Wer erhält einen Vormund?**

Die Voraussetzungen, unter denen eine Vormundschaft anzuordnen ist, stellt für die Minderjährigen der § 1773, für die Volljährigen oder für volljährig Erklärten der § 1896 B. G. B. auf. Danach erhalten einen Vormund:

**I. Minderjährige,**

wenn sie nicht unter elterlicher Gewalt stehen, oder wenn die Eltern weder in den die Person, noch in den das Vermögen betreffenden Angelegenheiten zu ihrer Vertretung berechtigt sind, ferner dann, wenn ihr Familienstand nicht zu ermitteln ist, also:

- 1) alle unehelichen oder für unehelich geltenden Kinder;
- 2) die ehelichen Kinder, deren beide Eltern verstorben oder für tot erklärt sind;
- 3) die ehelichen Kinder, deren einer Elternteil verstorben oder für tot erklärt ist, wenn der andere die elterliche Gewalt verwirkt hat, wenn dessen elterliche Gewalt ruht, oder wenn ihm die Vertretung der Kinder weder in den ihre Person, noch in den ihr Vermögen betreffenden Angelegenheiten zusteht;
- 4) die ehelichen Kinder, deren Vater verstorben ist, und deren überlebende Mutter sich wieder verheiratet hat;
- 5) die ehelichen Kinder, wenn die Ehe der Eltern aufgelöst ist, die elterliche Gewalt des Vaters ruht und die Mutter nicht den Antrag gestellt hat, ihr die Ausübung der elterlichen Gewalt zu übertragen, oder wenn diesem Antrage nicht entsprochen ist;

- 6) die ehelichen Kinder, deren beide Eltern leben, wenn der Vater während des Bestehens der Ehe die elterliche Gewalt verwirkt hat oder ihm die Vertretung der Kinder entzogen ist, oder wenn nach Auflösung der Ehe sowohl der Vater als die Mutter die elterliche Gewalt verwirkt hat;
- 7) diejenigen an Kindes Statt angenommenen Kinder, bei denen das durch die Annahme an Kindes Statt begründete Rechtsverhältnis zwischen dem Annehmenden und dem Kinde wieder aufgehoben ist, einerlei ob die leiblichen Eltern noch leben oder nicht;
- 8) die Kinder, deren Personenstand nicht zu ermitteln ist.

## II. Volljährige,

welche wegen Geisteskrankheit, Geisteschwäche, Verschwendung oder Trunksucht entmündigt sind. Bei ihnen kann eine vorläufige Vormundschaft angeordnet werden.

Falls nicht besondere Gründe für die Bestellung mehrerer Vormünder vorliegen, soll, wenn mehrere Geschwister zu bevormunden sind, nur ein Vormund bestellt werden.

Ein Gegenvormund wird nur dann bestellt, wenn mit der Vormundschaft eine nicht unerhebliche Vermögensverwaltung verbunden ist, und wenn in solchem Falle die Vormundschaft nicht von mehreren Vormündern gemeinschaftlich zu führen ist. Wann die Vermögensverwaltung erheblich oder unerheblich ist, ist Tatfrage.

Der Gegenvormund dient zur Ueberwachung des Vormundes, hat ihn aber auch zu unterstützen.

Ist die Vormundschaft von mehreren Vormündern nicht gemeinschaftlich zu führen, so kann der eine

Vormund zum Gegenvormunde des anderen bestellt werden.

§ 33.

**Wer erhält einen Pfleger?**

Einen Pfleger erhalten:

- 1) unter elterlicher Gewalt oder Vormundschaft stehende Personen für diejenigen Angelegenheiten, an deren Besorgung der Gewalthaber oder der Vormund aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen verhindert ist, insbesondere zur Verwaltung desjenigen Vermögens, welches sie von Todes wegen erworben haben, oder welches ihnen unter Lebenden von einem Dritten zugewandt ist, wenn der Erblasser durch letztwillige Verfügung, der Dritte bei der Zuwendung bestimmt hat, daß dem Gewalthaber oder Vormunde die Verwaltung nicht zustehen solle.

Derartige Fälle liegen z. B. vor, wenn ein Rechtsgeschäft vorzunehmen ist, bei dem der Gewalthaber oder der Vormund wegen Widerstreits der Interessen ausgeschlossen ist; wenn der Gewalthaber infolge der Eröffnung des Konkurses über sein Vermögen die Verwaltung des Vermögens des Kindes verliert; wenn dem Vater die Fürsorge für die Person oder für das Vermögen des Kindes entzogen ist;

- 2) Personen, bei denen die Voraussetzungen für die Anordnung einer Vormundschaft vorliegen, für welche ein Vormund aber noch nicht bestellt ist, z. B. wenn der zur Vormundschaft durch letztwillige Verfügung oder durch das Gesetz Berufene

augenblicklich abwesend oder erkrankt, sofortige Fürsorge aber geboten ist;

- 3) Volljährige, die nicht unter Vormundschaft stehen, wenn sie
  - a. infolge körperlicher Gebrechen, insbesondere weil sie taub, blind oder stumm sind, für ihre Angelegenheiten nicht zu sorgen vermögen, und zwar zur Vertretung sowohl für ihre Person als auch für ihr Vermögen;
  - b. infolge geistiger oder körperlicher Gebrechen einzelne ihrer Angelegenheiten oder einen bestimmten Kreis ihrer Angelegenheiten, insbesondere ihre Vermögensangelegenheiten, nicht besorgen können, zur Besorgung dieser Angelegenheiten, jedoch nur mit ihrer Einwilligung, es sei denn, daß eine Verständigung mit ihnen nicht möglich ist;
- 4) ein abwesender Volljähriger, dessen Aufenthalt unbekannt ist, für seine Vermögensangelegenheiten, soweit sie der Fürsorge bedürfen;
- 5) ein abwesender Volljähriger, dessen Aufenthalt bekannt, der aber an der Rückkehr und der Besorgung seiner Vermögensangelegenheiten (z. B. wegen Abwesenheit in einem fernen Welttheile oder in Kriegsgefangenschaft) verhindert ist, für seine Vermögensangelegenheiten;
- 6) eine Leibesfrucht zur Wahrung ihrer künftigen Rechte, soweit diese einer Fürsorge bedürfen, und soweit nicht dem Vater oder der Mutter die Fürsorge zusteht. Letzteres ist dann der Fall, wenn das Kind, falls es bereits geboren wäre, unter elterlicher Gewalt stehen würde;



- 7) der an einer Angelegenheit Beteiligte, dessen Persönlichkeit unbekannt oder ungewiß ist, zur Wahrung seiner Rechte, soweit eine Fürsorge erforderlich ist, insbesondere ein Nacherbe, der noch nicht erzeugt ist, oder dessen Persönlichkeit erst durch ein künftiges Ereignis bestimmt wird, für die Zeit bis zum Eintritt der Nacherbfolge;
- 8) ein durch öffentliche Sammlung für einen vorübergehenden Zweck zusammengebrachtes Vermögen zum Zwecke der Verwaltung und Verwendung, wenn die zur Verwaltung und Verwendung berufenen Personen weggefallen sind.
- 9) Ferner gehört hierher die sogenannte Nachlaßpflegschaft. Das Nachlaßgericht, d. h. dasjenige Amtsgericht, in dessen Bezirke das Bedürfnis der Fürsorge hervortritt, hat zur einstweiligen Sicherung des Nachlasses oder zum Zwecke der Befriedigung der Nachlaßgläubiger das Nötige anzuordnen.

Die Bestellung eines Gegenvormundes ist bei der Pflegschaft nicht erforderlich.

## § 34.

### **Wann endigt die Vormundschaft und die Pflegschaft?**

1. Die Vormundschaft endigt mit dem Wegfalle der für die Anordnung der Vormundschaft bestimmten Voraussetzungen (vgl. oben § 32).

2. Ueber die Beendigung der Pflegschaft ist folgendes zu bemerken:

- a. Die Pflegschaft für eine unter elterlicher Gewalt oder Vormundschaft stehende Person endigt mit

der Beendigung der elterlichen Gewalt oder Vormundschaft.

b. Die Pflegschaft über eine Leibesfrucht endigt mit der Geburt des Kindes.

c. Die Pflegschaft zur Besorgung einer einzelnen Angelegenheit endigt mit ihrer Erledigung.

Im übrigen ist die Pflegschaft vom Vormundschaftsgerichte aufzuheben, wenn der Grund für ihre Anordnung weggefallen ist.

### § 35.

#### **Gesetzliche Bestimmungen über die Rechte und Pflichten des Waisengerates bei Ausübung des vormundschaftlichen Schutzes.**

A. Der Waisengerat hat:

- 1) nachdem er von der Notwendigkeit der Bestellung eines Vormundes, Gegenvormundes, oder Pflegers Kenntnis erhalten hat, dem Vormundschaftsgerichte hiervon Anzeige zu machen und zu solchem Amte eine geeignete Person vorzuschlagen, insofern nicht die Vormundschaft oder Gegenvormundschaft einem gesetzlich Berufenen zu übertragen ist;
- 2) auf Aufforderung des Vormundschaftsgerichtes eine zu den unter 1 bezeichneten Aemtern geeignete Person vorzuschlagen;
- 3) dem Vormundschaftsgerichte eintretenden Falles Vorschläge über die sich zur Bestellung eines Familienrates eignenden Personen zu machen;
- 4) in Unterstützung des Vormundschaftsgerichtes darüber zu wachen, daß die Vormünder der sich in seinem Bezirke aufhaltenden Mündel für die

Person der Mündel, insbesondere für ihre Erziehung und ihre körperliche Pflege, pflichtmäßig Sorge tragen. Er hat dem Vormundschaftsgerichte Mängel und Pflichtwidrigkeiten, die er in dieser Hinsicht wahrnimmt, anzuzeigen und auf Erfordern über das persönliche Ergehen und Verhalten des Mündels Auskunft zu erteilen.

- 5) Er hat dem Vormundschaftsgerichte von einer zu seiner Kenntniss gelangten Gefährdung des Vermögens eines Mündels Anzeige zu machen.

Vergleiche: Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit § 49, Bürgerliches Gesetzbuch §§ 1776, 1779 Abs. 1, 1792 Abs. 4, 1849, 1850, 1851, 1897 und 1915.

#### B. Das Vormundschaftsgericht hat:

- 1) dem Gemeindewaisenrate die Anordnung der Vormundschaft über einen sich in seinem Bezirke aufhaltenden Mündel unter Bezeichnung des Vormundes und des Gegenvormundes, sowie einen in der Person des Vormundes oder Gegenvormundes eintretenden Wechsel mitzuteilen.

Wird der Aufenthalt eines Mündels in den Bezirk eines anderen Gemeindewaisenrates verlegt, so hat der Vormund dem Gemeindewaisenrate des bisherigen Aufenthaltsortes und dieser dem Gemeindewaisenrate des neuen Aufenthaltsortes die Verlegung mitzuteilen. Bürgerliches Gesetzbuch § 1851.

- 2) Das Vormundschaftsgericht hat ferner, soweit eine Berufung zum Mitgliede eines Familienrates durch den Vater oder die eheliche Mutter nicht vorliegt oder die Berufenen die Uebernahme

des Amtes ablehnen, die zur Beschlußfähigkeit des Familienrates erforderlichen Mitglieder auszuwählen und vor der Auswahl den Waisenrat zu hören. Bürgerliches Gesetzbuch §§ 1861 und 1862 Abs. 1.

**B. Tätigkeit des Waisenrates bei Anordnung einer Vormundschaft oder Pflegschaft.**

**§ 36.**

**Einleitung.**

Der Waisenrat hat an sich selbständig auf die rechtzeitige Anordnung einer Vormundschaft oder Pflegschaft durch Erstattung der vorgeschriebenen Anzeige an das Vormundschaftsgericht hinzuwirken (vgl. § 35 Nr. A 1), ohne erst die Aufforderung des Gerichtes abzuwarten. Zweckmäßig wird er jedoch in der Regel mit der Anzeige und mit seinen Vorschlägen wegen des zu bestellenden Vormundes usw. solange warten, bis er vom Vormundschaftsgerichte aufgefordert wird, Vorschläge zu machen. Erst wenn diese Aufforderung binnen eines angemessenen Zeitraumes, etwa innerhalb eines Monats, nicht einläuft, oder wenn Gefahr im Verzuge ist, hat er von Amtes wegen vorzugehen. Das im nachstehenden für die Vormundschaft Ausgeführte gilt, soweit nichts anderes gesagt ist, auch für die Pflegschaft.

**§ 37.**

**Welche Personen sind als Vormünder berufen, und in welcher Reihenfolge sind sie berufen?**

Das Bürgerliche Gesetzbuch kennt drei Berufungsgründe, welche in der angegebenen Reihenfolge zu berücksichtigen sind:

- 1) die Berufung durch letztwillige Verfügung des Gewalthabers,
- 2) die Berufung durch Gesetz und
- 3) die Berufung durch den Richter (Auswahl).

Die durch letztwillige Verfügung und durch Gesetz Berufenen können ohne ihre Zustimmung nur aus bestimmten, vom Gesetze angegebenen Gründen übergangen werden; sie können dagegen die Uebernahme der Vormundschaft ablehnen, gleichwohl aber später vom Vormundschaftsgerichte wiederum ausgewählt werden. Das Gericht kann in solchem Falle von dem Waisenate Auskunft über die Persönlichkeit des Berufenen, insbesondere zu dem Zwecke verlangen, um festzustellen, ob etwa die Uebergehung des Berufenen angezeigt erscheint.

Die vom Vormundschaftsgerichte zu Vormündern ausgewählten Personen sind zur Uebernahme der Vormundschaft verpflichtet, falls ihnen kein gesetzlicher Ablehnungsgrund oder Uebergehungsgrund zur Seite steht. Vgl. unten die §§ 38 und 39. Es sind im allgemeinen und, soweit nicht Ausnahmen vorgeschrieben sind, als Vormünder in nachstehender Reihenfolge berufen:

I. Für Minderjährige:

- 1) wer von dem Vater des Mündels,
- 2) wer von der ehelichen Mutter des Mündels  
als Vormund durch letztwillige Verfügung  
benannt ist,
- 3) der Großvater des Mündels von väterlicher Seite,
- 4) der Großvater des Mündels von mütterlicher Seite.

Das Vormundschaftsgericht kann für eine minderjährige Ehefrau ihren Ehemann vor allen anderen Berufenen und für ein uneheliches Kind seine Mutter vor dem hier durch Gesetz allein berufenen Großvater zum Vormunde bestellen, wenn die Bestellung den Interessen des Mündels entspricht.

Ein Anspruch auf die Bestellung steht jedoch diesen Personen nicht zu. Endlich können dem Vorstande einer unter Verwaltung des Staates oder einer Gemeinde stehenden Erziehungs- oder Verpflegungs-Anstalt durch das Herzogliche Staatsministerium die Rechte und Pflichten eines Vormundes für die in der Anstalt erzogenen oder verpflegten Minderjährigen übertragen werden. In diesem Falle endigt das Amt des bisherigen Vormundes und Gegenvormundes mit der Aufnahme des Mündels in die Anstalt, von welcher das Vormundschaftsgericht dem Waisenrate desjenigen Bezirkes, in welchem die Anstalt liegt, Mitteilung zu machen hat. Der Vorstand der Anstalt behält die Rechte und Pflichten eines Vormundes auch nach Beendigung der Erziehung oder Verpflegung bis zur Volljährigkeit des Mündels. Das Vormundschaftsgericht kann jedoch stets einen anderen Vormund bestellen. Bislang hat das Herzogliche Staatsministerium von dieser Befugnis keinen Gebrauch gemacht.

## II. Für Volljährige:

- 1) der Vater,
- 2) die eheliche Mutter,
- 3) der Großvater des Mündels väterlicherseits,
- 4) der Großvater des Mündels mütterlicherseits.

Der Ehegatte eines Mündels darf jedoch vor den Eltern und Großeltern und die uneheliche Mutter vor dem Großvater zum Vormunde bestellt werden.

III. Bei der vorläufigen Vormundschaft und der Pflegschaft findet im allgemeinen freie Auswahl des Vormundes oder Pflegers durch das Vormundschaftsgericht statt.

IV. Sind keine nach den vorstehenden Bestimmungen Berufenen vorhanden, so hat das Vormundschaftsgericht

nach Anhörung des Waisenrates Vormünder auszuwählen, die nach ihren persönlichen Verhältnissen und ihrer Vermögenslage, sowie nach den sonstigen Umständen zur Führung der Vormundschaft geeignet sind (vergl. § 40).

Auf die Berufung und Bestellung des Gegenwärtigen finden die für die Berufung und Bestellung des Vormundes geltenden Vorschriften Anwendung.

§ 38.

**Welche Personen können und sollen nicht zu Vormündern bestellt werden?**

1. Zum Vormunde kann nicht bestellt werden, wer geschäftsunfähig oder wegen Geisteschwäche, Verschwendung oder Trunksucht entmündigt ist.

2. Zum Vormunde soll nicht bestellt werden:

- a. wer minderjährig oder unter vorläufige Vormundschaft gestellt ist;
- b. wer zur Beforgung seiner Vermögensangelegenheiten einen Pfleger erhalten hat;
- c. wer in Konkurs geraten ist, während der Dauer des Konkurses;
- d. wer der bürgerlichen Ehrenrechte für verlustig erklärt ist, soweit sich nicht aus den Vorschriften des Strafgesetzbuches ein anderes ergibt;
- e. wer durch letztwillige Anordnung des Vaters oder der ehelichen Mutter des Mündels von der Vormundschaft ausgeschlossen ist.

Die Mutter kann jedoch den vom Vater als Vormund Benannten nicht ausschließen.

Abweichend von dem früheren Rechte, welches die Bestellung von Frauen zu Vormündern nur ausnahmsweise zuließ, können jetzt Frauen ebenso gut wie Männer zu Vormündern bestellt werden, einerlei, ob sie mit dem

Mündel verwandt sind oder nicht. Nur bedarf eine mit einem anderen als dem Vater des Mündels verheiratete Ehefrau zur Bestellung als Vormund der Zustimmung ihres Ehemannes.

Wer ein Staatsamt oder ein besoldetes Amt in der Kommunal- oder Kirchenverwaltung bekleidet, bedarf zur Uebernahme einer Vormundschaft, zu der er nicht gesetzlich berufen ist (vergl. § 37 unter I), der Erlaubnis seiner vorgesetzten Behörde. Er soll ohne diese Erlaubnis nicht zum Vormunde bestellt werden, ist aber seinerseits zur Ablehnung der Uebernahme der Vormundschaft nicht berechtigt.

### § 39.

#### **Welche Personen können die Uebernahme der Vormundschaft ablehnen?**

Die Uebernahme der Vormundschaft können ablehnen:

- 1) alle Frauen;
- 2) wer das sechzigste Lebensjahr vollendet hat;
- 3) wer mehr als vier minderjährige, eheliche Kinder hat; ein an Kindes Statt angenommenes Kind wird jedoch hierbei nicht mitgerechnet;
- 4) wer durch Krankheit oder Gebrechen verhindert ist, die Vormundschaft ordnungsmäßig zu führen;
- 5) wer wegen Entfernung seines Wohnsitzes von dem Sitze des Vormundschaftsgerichts nicht im Stande ist, die Vormundschaft ohne besondere Belästigung zu führen;
- 6) wer zur Sicherheitsleistung für das seiner Verwaltung unterliegende Mündelvermögen vom Vormundschaftsgerichte angehalten wird;
- 7) wer mit einem anderen zur gemeinschaftlichen Führung der Vormundschaft bestellt werden soll;



- 8) wer mehr als eine Vormundschaft oder Pflegschaft führt. Die Vormundschaft oder Pflegschaft über mehrere Geschwister gilt nur als eine. Die Führung von zwei Gegenvormundschaften steht der Führung von einer Vormundschaft gleich.

Das Ablehnungsrecht erlischt, wenn es nicht vor der Bestellung beim Vormundschaftsgerichte geltend gemacht wird.

§ 40.

**Was hat der Waisenrat bei der Auswahl der von ihm zu Vormündern usw. vorzuschlagenden Personen zu beobachten?**

Liegen Gründe vor, welche die kraft letztwilliger Verfügung oder kraft Gesetzes berufenen Personen zur Uebernahme der Vormundschaft unfähig machen oder ihre Bestellung als nachtheilig für den Mündel erscheinen lassen, so ist es die Pflicht des Waisenrates, dem Vormundschaftsgerichte umgehend Anzeige davon zu machen, daß zwar ein zur Uebernahme der Vormundschaft Berufener vorhanden ist, daß er sich aber aus bestimmten, genau anzugebenden Gründen nicht zum Vormunde eignet, und daß er daher zu übergehen sein wird. In solchen Fällen ist der Regel nach mit der Anzeige die Benennung eines etwa außerdem Berufenen oder der Vorschlag eines anderen Vormundes zu verbinden. Sind keine durch letztwillige Verfügung oder durch Gesetz berufene Personen vorhanden, so hat das Vormundschaftsgericht nach Anhörung des Waisenrates eine Person zum Vormunde gemäß § 37 IV auszuwählen. Der Waisenrat hat seine Vorschläge ungesäumt unter sorgfältiger Berücksichtigung der vorliegenden Verhältnisse zu machen und dabei insbesondere zu beachten, daß der Vormund nach

dem Gesetze das Recht und die Pflicht hat, für die Person und das Vermögen des Mündels zu sorgen und den Mündel zu vertreten, wogegen der Gegenvormund verpflichtet ist, auf ordnungsmäßige Führung der Vormundschaft durch den Vormund zu achten und Pflichtwidrigkeiten des Vormundes, sowie jeden Fall dem Vormundschaftsgerichte unverzüglich anzuzeigen, in welchem es zum Einschreiten berufen ist, z. B. beim Tode des Vormundes oder beim Eintreten eines anderen Umstandes, infolgedessen das Amt des Vormundes endigt oder seine Entlassung erforderlich wird.

Da es für das Leben und die Entwicklung des Mündels von großer Bedeutung ist, wer zum Vormunde und Gegenvormunde bestellt wird, hat der Waisenrat bei der Auswahl einer geeigneten Persönlichkeit besondere Sorgfalt anzuwenden.

Um eine wirklich sorgfältige Auswahl treffen zu können, wird sich der Waisenrat regelmäßig in die Wohnung der zu bevormundenden Personen begeben müssen, um sich dort über die persönlichen und Vermögensverhältnisse und darüber zu unterrichten, ob etwa durch letztwillige Verfügung oder Gesetz zur Vormundschaft berufene Personen, oder welche zu Vormündern geeignete Verwandte oder Verschwägerte des Mündels etwa vorhanden sind, welche Wünsche die Beteiligten betreffs der zu bestellenden Vormünder etwa haben, und in welchen Beziehungen die letzteren zu den Mündeln stehen und zu deren Eltern gestanden haben. Ferner ist festzustellen, ob der als Vormund in Aussicht genommene fähig und tauglich ist, dieses Amt zu führen, insbesondere ob er nicht nach dem Gesetze von der Bestellung ausgeschlossen ist (vergl. oben § 38), ob er nicht das Amt ablehnen kann oder will (vergl. oben § 39), ob er ein in sittlicher

Beziehung unbescholtener Mensch ist, und ob er die zu einer etwaigen Vermögensverwaltung erforderliche Geschäftsfenntnis und Erfahrung besitzt, so daß man von ihm erwarten darf, er werde das Interesse des Mündels sowohl rücksichtlich seiner Person als auch rücksichtlich seines Vermögens wie ein guter und sorgsamer Hausvater wahrnehmen. Regelmäßig empfiehlt es sich für den Waisenrat, mit dem von ihm in Aussicht genommenen Vormunde unmittelbar in Verhandlung zu treten, ihm mitzuteilen, daß er in Aussicht genommen sei, und ihn zu befragen, ob und eventuell welche Einwände er gegen seine Bestellung zu machen habe.

Ist, weil nicht unerhebliches Vermögen zu verwalten ist, nicht nur ein Vormund, sondern auch ein Gegenvormund vorzuschlagen, so hat sich der Waisenrat die Frage vorzulegen, wer zu diesem, wer zu jenem Amte geeignet ist, denn nicht jeder, der sich zur Führung der Aufsicht über die Verwaltung des Vormundes eignen mag, ist zur Führung der Verwaltung selbst geeignet. Ferner ist in solchem Falle Rücksicht darauf zu nehmen, daß nur bei einmütigem Zusammenwirken des Vormundes und Gegenvormundes das Wohl des Mündels gedeihen kann. Es ist dabei im Auge zu behalten, daß sich derjenige, der über einen anderen die Aufsicht führen soll, in wesentlich gleichartigen Lebensverhältnissen befindet wie der zu Beaufsichtigende.

Nach dem Gesetze sollen Verwandte und Verschwägerte des Mündels zunächst, das heißt vor anderen Personen, berücksichtigt werden, da man bei ihnen naturgemäß ein größeres Interesse an dem Wohlergehen des Mündels voraussetzen darf, als bei den dem Mündel ferner Stehenden. Auf die Nähe des Grades der Verwandtschaft oder Schwägerschaft oder darauf, ob die Personen durch

den Vater oder durch die Mutter verwandt oder verschwägert sind, kommt es hierbei nicht an.

Da aber die Verwandten und Verschwägerten von der väterlichen und mütterlichen Seite zweckmäßig in gleicher Weise für den Mündel und dessen Wohlergehen zu interessiren sind, so empfiehlt es sich für den Fall, daß ein Vormund und ein Gegenvormund zu bestellen ist, den einen dieser, den anderen jener Linie zu entnehmen.

Auch auf das religiöse Bekenntnis des Mündels soll tunlichst Rücksicht genommen werden. Damit der Waiserrat dies kann, ist ihm vom Vormundschaftsgerichte in dem Ersuchen um Benennung eines geeigneten Vormundes das Religionsbekenntnis des Mündels mitzuteilen. Die Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses ist jedoch bei den kraft letztwilliger Verfügungen oder kraft Gesetzes zur Vormundschaft berufenen Personen kein Hindernis. Wenn der Vormund nicht dem Bekenntnisse angehört, in dem der Mündel zu erziehen ist, so kann dem Vormunde die Sorge für die religiöse Erziehung des Mündels vom Vormundschaftsgerichte entzogen werden.

Ferner versteht es sich von selbst, daß nur in geordneten Vermögensverhältnissen lebende und sittlich unbescholtene Personen zu Vormündern in Vorschlag gebracht werden dürfen.

Zwar hat jeder Deutsche die Pflicht, die Vormundschaft, für die er vom Vormundschaftsgerichte ausgewählt wird, zu übernehmen, falls einer Bestellung zum Vormunde keiner von den in den §§ 38 und 39 näher angegebenen Gründen entgegensteht, und das Vormundschaftsgericht hat das Recht, den Ausgewählten durch hohe Ordnungsstrafen zur Uebernahme seines Amtes anzuhalten. Es wird jedoch regelmäßig nicht im Interesse des Mündels liegen, eine auf diese Weise gezwungene Person zum Vor-

munde zu bestellen, da sie ihr Amt voraussichtlich nur widerwillig führen und daher dem Mündel kein wohlwollender Beschützer und Vertreter sein wird. Liegt daher die Möglichkeit vor, einen geeigneten Vormund zu finden, der sein Amt gern und freudig übernimmt, so wird es regelmäßig besser sein, einen solchen auszuwählen.

Liegt aber Grund zu der Annahme vor, daß nur übergroße Gewissenhaftigkeit der Grund der Weigerung ist, dann möge der Waisenrat den Ausersehenen vorschlagen; dagegen lasse er Personen, die die Uebernahme der Vormundschaft verweigern, weil sie kein Interesse am Wohle anderer haben, möglich unbehelligt.

§ 41.

**Tätigkeit des Waisenrates bei Bestellung eines Familienrates.**

Das Vormundschaftsgericht hat in gewissen Fällen einen Familienrat einzusetzen, welcher aus dem Vormundschaftsrichter als Vorsitzendem und aus mindestens zwei, höchstens sechs Mitgliedern besteht und den Zweck hat, die Geschäfte des Vormundschaftsgerichtes für die Vormundschaft zu besorgen. Soweit der Familienrat nicht mit den vom Vater oder der ehelichen Mutter des Mündels durch letztwillige Verfügung etwa berufenen Personen besetzt ist, hat das Vormundschaftsgericht die erforderlichen Mitglieder auszuwählen, und zwar nach Anhörung des Waisenrates und etwaiger Verwandter oder Verschwägerter des Mündels. Der Familienrat oder dessen Vorsitzender wählt etwa erforderliche Ergänzungsmitglieder.

Niemand ist verpflichtet, das Amt eines Familienrates anzunehmen.

Zum Mitgliede eines Familienrates kann nicht bestellt werden, wer geschäftsunfähig oder wegen Geistes-

schwäche, Verschwendung oder Trunksucht entmündigt ist. Außerdem soll nicht bestellt werden:

- 1) der Vormund des Mündels;
- 2) wer nicht zum Vormunde bestellt werden soll (vergl. § 38);
- 3) wer durch Anordnung des Vaters oder der ehelichen Mutter von der Mitgliedschaft ausgeschlossen ist;
- 4) wer mit dem Mündel weder verwandt noch verwandt ist, es sei denn, daß er von dem Vater oder von der ehelichen Mutter des Mündels durch letztwillige Verfügung benannt oder vom Familienrate oder dessen Vorsitzendem ausgewählt ist.

**C. Pflichten des Waisenrates in Beziehung auf die Beaufsichtigung der bestehenden Vormundschaften.**

§ 42.

**Vorbemerkungen.**

- 1) Der Waisenrat hat in Unterstützung des Vormundschaftsgerichtes darüber zu wachen, daß die Vormünder der sich in seinem Bezirke aufhaltenden Mündel für die Person der Mündel, insbesondere für ihre Erziehung und ihre körperliche Pflege, pflichtmäßig Sorge tragen.
- 2) Er hat dem Vormundschaftsgerichte Mängel und Pflichtwidrigkeiten, die er in dieser Hinsicht wahrnimmt, anzuzeigen und auf Erfordern über das persönliche Ergehen und das Verhalten eines Mündels Auskunft zu erteilen.
- 3) Bei Verlegung des Aufenthaltes eines Mündels in den Bezirk eines andern Gemeindewaisenrates hat der Gemeindewaisenrat auf Grund entsprechender

Benachrichtigung durch den Vormund dem Gemeindewaisenrate des neuen Aufenthaltsortes die Verlegung mitzuteilen (vergl. § 50 Abs. 6).

- 4) Rückfichtlich der Verwaltung des Vermögens des Mündels beschränkt sich die Tätigkeit des Waisenrates darauf, daß er dem Vormundschaftsgerichte Anzeige zu erstatten hat, sobald er Kenntniss von der Gefährdung des Vermögens eines Mündels erlangt.
- 5) Die dem Waisenrate nach dem Vorstehenden bei den Vormundschaften über Minderjährige obliegenden Pflichten hat er auch bei den Vormundschaften über Volljährige, bei den vorläufigen Vormundschaften und bei den Pflegschaften zu erfüllen, soweit sich nicht aus der Natur der Sache etwas anderes ergibt, oder soweit nicht im nachstehenden Ausnahmen gemacht sind.

Damit der Waisenrat darüber unterrichtet ist, welche Mündel und Pflegebefohlenen und welche Vormundschaften und Pflegschaften er zu überwachen hat, ist vorgeschrieben, daß:

- a. das Vormundschaftsgericht dem Gemeindewaisenrate die Anordnung jeder Vormundschaft oder Pflegschaft über einen sich in seinem Bezirke aufhaltenden Mündel oder Pflegebefohlenen unter Bezeichnung des Vormundes, Gegenvormundes oder Pflegers und jeden in ihrer Person eintretenden Wechsel, sowie ferner mitzuteilen hat, wenn minderjährige, unter Vormundschaft stehende Personen in eine unter der Verwaltung des Staates oder einer Gemeinde stehende Erziehungs- oder Verpflegungsanstalt, deren Vorstände die Rechte und Pflichten von Vormündern für die Minderjährigen vom

Herzoglichen Staatsministerium übertragen sind zum Zwecke ihrer Erziehung oder Verpflegung aufgenommen werden;

- b. der Vormund oder Pfleger dem Gemeindewaisenrate anzuzeigen hat, sobald der Aufenthalt eines Mündels oder Schutzbefohlenen in den Bezirk eines anderen Gemeindewaisenrates verlegt wird.

Damit ferner der Waisenrat die ihm überwiesenen Vormundschaften und Mündel ordnungsmäßig überwachen kann, muß er wissen, welche Rechte und Pflichten dem Vormunde usw. als solchem zustehen.

### § 43.

#### **Rechte und Pflichten des Vormundes.**

Nach den §§ 1793 ff. B. G. B. hat der Vormund das Recht und die Pflicht, für die Person und das Vermögen des Mündels zu sorgen und den Mündel zu vertreten, soweit das Gesetz keine besonderen Ausnahmen macht. Die Tätigkeit des Vormundes deckt sich also im wesentlichen mit derjenigen des Inhabers der elterlichen Gewalt, nur daß selbstverständlich dem Vormunde das Recht der Nutznießung am Vermögen des Mündels nicht zusteht.

Das Recht und die Pflicht des Vormundes, für die Person und das Vermögen des Mündels zu sorgen, erstreckt sich nicht auf diejenigen Angelegenheiten des Mündels, für die ein Pfleger bestellt ist. Auch in dieser Beziehung kommen, wie bei der elterlichen Gewalt, diejenigen Fälle in Betracht, in denen der Vormund an der Vertretung des Mündels behindert ist, insbesondere in denen ihm durch letztwillige Verfügung eines Erblassers oder durch Anordnung eines Schenkers die Verwaltung des dem Mündel vermachten oder geschenkten Vermögens



entzogen, oder in denen ein Widerstreit der Interessen vorhanden oder zu befürchten ist. (Vergl. oben § 26.)

Endlich kommt auch hier wieder in Betracht, daß auch ein Vormund als Vertreter eines Mündels nicht mit sich selbst im eigenen Namen oder als Vertreter eines Dritten ein Rechtsgeschäft vornehmen kann, es sei denn, daß es ausschließlich in der Erfüllung einer Verbindlichkeit bestehe. In obigen Fällen ist ein Pfleger zu bestellen.

Was das Recht und die Pflicht des Vormundes, für die Person des Mündels zu sorgen, anlangt, so bestimmen sich diese nach den für die elterliche Gewalt geltenden Vorschriften. (Vergl. oben § 27.)

Der Vormund eines wegen Geisteskrankheit, Geisteschwäche, Verschwendung oder Trunksucht entmündigten Volljährigen hat auch für die Person seines Mündels zu sorgen, da sich dessen Schutzbedürftigkeit keineswegs auf die Vermögensangelegenheiten beschränkt. Auf der anderen Seite darf aber in diesen Fällen die Fürsorge nicht weiter gehen, als es durch den Zweck der Vormundschaft erfordert wird. Dieser Zweck beschränkt sich auf die Vertretung des Mündels in persönlichen Angelegenheiten, sowie auf die Bewirkung der erforderlichen Pflege, Beaufsichtigung und Sicherung des Mündels, während dem Vormunde selbstverständlich hier die sich aus dem Erziehungsbedürfnisse jugendlicher Personen bei der Vormundschaft über Minderjährige ergebende Erziehungs- und Zuchtgewalt nicht zusteht. Dagegen ist es nicht ausgeschlossen, daß der Vormund auch gegen die Person eines volljährigen Mündels insoweit Zwangsmaßnahmen anwenden darf, als sie durch den Zweck der Vormundschaft erfordert werden. Auch Ehefrauen sind den sonstigen Entmündigten völlig gleichgestellt.

Die Sorge für das Vermögen des Mündels (die Vermögensverwaltung) umfaßt auch hier insbesondere die Fürsorge für die Erhaltung, Verwertung und Vermehrung des Vermögens sowohl in tatsächlicher, als auch in rechtlicher Hinsicht und bezieht sich auf das ganze Vermögen des Mündels, soweit es nicht etwa nach den oben angeführten Grundsätzen der Verwaltung des Vormundes entzogen ist. Im einzelnen ist folgendes bestimmt:

- 1) Der Vormund hat das bei der Anordnung der Vormundschaft vorhandene oder dem Mündel später zufallende Vermögen zu verzeichnen und das Verzeichnis, nachdem er es mit der Versicherung der Richtigkeit und Vollständigkeit versehen hat, dem Vormundschaftsgerichte einzureichen. Ist ein Gegenvormund vorhanden, so ist er bei der Aufnahme des Verzeichnisses zuzuziehen.
- 2) Bei der Verwaltung letztwilliger Zuwendungen oder Schenkungen sind die von dem Erblasser durch letztwillige Verfügung oder von dem Schenker bei der Zuwendung getroffenen Anordnungen zu beobachten. Von diesen Anordnungen darf der Vormund nur mit Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes abweichen.
- 3) Der Vormund kann in Vertretung des Mündels nur solche Schenkungen machen, durch die einer sittlichen Pflicht oder einer auf den Anstand zu nehmenden Rücksicht entsprochen wird.
- 4) Der Vormund darf Vermögen des Mündels nicht für sich verwenden, wenn er sich nicht der Unterschlagung oder der Untreue schuldig machen will.
- 5) Der Vormund hat das zum Vermögen des Mündels gehörige, bare Geld, soweit es nicht zur Bestreitung der erforderlichen Ausgaben bereit zu halten ist,

und insoweit nicht das Vormundschaftsgericht ausnahmsweise eine andere Anlegung gestattet hat, nach den für die Anlegung von Mündelgeld geltenden Vorschriften, also im wesentlichen in sicheren Hypotheken, sicheren Grund- oder Renten-schulden an inländischen Grundstücken oder in mündelsicheren Wertpapieren, insbesondere deutschen Staatspapieren und in solchen Papieren, welche für geeignet zur Anlegung von Mündelgeld erklärt sind, oder, falls eine solche Anlegung den Umständen nach nicht erfolgen kann, bei der Reichsbank oder einer Staatsbank verzinslich anzulegen. Abgesehen von den hiernach (gemäß §§ 1807, 1808 B. G. B.) zulässigen Anlegungsarten sind im Herzogthume Braunschweig Mündelgelder anzulegen:

- a. in Landes-, Leihhaus- oder Kammer-Schuldverschreibungen;
- b. bei den Leihhaussparkassen (selbstverständlich nur in geringeren Beträgen oder vorübergehend);
- c. in Schuldverschreibungen eines Kreiskommunalverbandes oder einer Stadt des Herzogthums;
- d. in Schuldverschreibungen des Braunschweigischen Ritterschaftlichen Kreditvereins.

Bei einer Bank oder Sparkasse soll Mündelgeld nur mit der Bestimmung angelegt werden, daß zur Erhebung des Geldes die Genehmigung des Gegenvormundes oder des Vormundschaftsgerichtes erforderlich ist. Da aber ein solcher Vermerk bei den Sparkassenbüchern der Herzoglich Braunschweigischen Leihhaussparkasse nicht gemacht werden kann, empfiehlt sich an ihrer Stelle in der Regel eine Belegung von Geld

auf Leihhausschuldverschreibungen Lit. Q, die auf Namen und auch auf geringere Beträge ausgestellt werden.

- 6) Der Vormund hat die zum Vermögen des Mündels gehörigen Inhaberpapiere nebst den Erneuerungsscheinen (Talons) und auf besondere Anordnung des Vormundschaftsgerichtes auch andere Wertpapiere und Kostbarkeiten bei einer Kasse des Herzoglichen Leihhauses oder bei der Reichsbank mit der Bestimmung zu hinterlegen, daß die Herausgabe der Papiere nur mit Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes verlangt werden kann.

Statt sie zu hinterlegen, kann der Vormund zu dem Vermögen des Mündels gehörige Inhaberpapiere bezw. Reichs- oder deutsche Staatspapiere auf den Namen des Mündels umschreiben, oder in Buchforderungen gegen das Reich oder den Bundesstaat umwandeln lassen, jedoch nur mit der Bestimmung, daß er über sie nur mit Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes verfügen kann.

- 7) Im allgemeinen bedarf der Vormund zur Verfügung über eine Forderung des Mündels oder über ein anderes Recht, kraft dessen der Mündel eine Leistung verlangen kann, sowie über ein Wertpapier des Mündels, außer der etwa erforderlichen Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes (vergl. oben unter 5 und 6) der Genehmigung des etwa vorhandenen Gegenvormundes. Die letztere kann durch die Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes ersetzt werden.
- 8) Abgesehen von den oben unter 5—7 angegebenen Fällen bedarf der Vormund der Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes:

- a. zur Verfügung über ein Grundstück oder über ein Recht an einem Grundstück mit Ausnahme der Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden;
- b. zur Verfügung über eine Forderung, die auf Uebertragung des Eigentumes an einem Grundstück oder auf Begründung oder Uebertragung eines Rechtes an einem Grundstück — mit Ausnahme der Hypotheken, Grund- oder Rentenschulden — oder auf Befreiung eines Grundstückes von einem solchen Rechte gerichtet ist;
- c. zur Eingehung der Verpflichtung zu einer der unter a und b bezeichneten Verfügungen;
- d. zu einem Vertrage, der auf den entgeltlichen Erwerb eines Grundstückes oder eines Rechtes an einem Grundstück — mit Ausnahme einer Hypothek, Grund- oder Rentenschuld — gerichtet ist;
- e. zu einem Rechtsgeschäfte, durch das der Mündel zu einer Verfügung über sein Vermögen im ganzen oder über eine ihm angefallene Erbschaft oder über seinen künftigen, gesetzlichen Erbteil oder seinen künftigen Pflichtteil verpflichtet wird, sowie zu einer Verfügung über den Anteil des Mündels an einer Erbschaft;
- f. zur Ausschlagung einer Erbschaft oder eines Vermächtnisses, zum Verzicht auf einen Pflichtteil, sowie zu einem Erbteilungsvertrage;
- g. zu einem Vertrage, der auf den entgeltlichen Erwerb oder die Veräußerung eines Erwerbsgeschäftes gerichtet ist, sowie zu einem Gesellschaftsvertrage, der zum Betriebe eines Erwerbsgeschäftes eingegangen wird;

- h. zu einem Pachtvertrage über ein Landgut oder über einen gewerblichen Betrieb;
- i. zu einem Miet- oder Pachtvertrage oder einem anderen Vertrage, durch den der Mündel zu wiederkehrenden Leistungen verpflichtet wird, wenn das Vertragsverhältnis länger als ein Jahr nach der Vollendung des 21. Lebensjahres des Mündels fort dauern soll;
- k. zu einem Lehrvertrage, der für längere Zeit als ein Jahr geschlossen wird;
- l. zu einem auf die Eingehung eines Dienst- oder Arbeitsverhältnisses gerichteten Vertrage, wenn der Mündel zu persönlichen Leistungen für längere Zeit als ein Jahr verpflichtet werden soll;
- m. zur Aufnahme von Geld auf den Kredit des Mündels;
- n. zur Ausstellung einer Schuldverschreibung auf den Inhaber oder zur Eingehung einer Verbindlichkeit aus einem Wechsel oder einem anderen durch Indossament übertragbaren Papiere;
- o. zur Uebernahme einer fremden Verbindlichkeit, insbesondere zur Eingehung einer Bürgschaft;
- p. zur Erteilung einer Prokura;
- q. zu einem Vergleiche oder einem Schiedsvertrage, es sei denn, daß der Gegenstand des Streites oder der Ungewißheit in Geld schätzbar ist und den Wert von 300 M nicht übersteigt;
- r. zu einem Rechtsgeschäfte, durch das die für eine Forderung des Mündels bestehende Sicherheit aufgehoben oder gemindert oder die Verpflichtung dazu begründet wird;

endlich

- s. soll der Vormund ein neues Erwerbsgeschäft im Namen des Mündels nicht ohne Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes beginnen und ein bestehendes Erwerbsgeschäft des Mündels nicht ohne solche Genehmigung auflösen.

Das Vormundschaftsgericht kann dem Vormunde zu Rechtsgeschäften, zu denen er nach vorstehendem der Genehmigung des Gegenvormundes bedarf (vergl. oben unter 7) und zu den oben unter m—o verzeichneten Rechtsgeschäften eine allgemeine Ermächtigung dann erteilen, wenn sie zum Zwecke der Vermögensverwaltung, insbesondere zum Betriebe eines Erwerbsgeschäftes, erforderlich ist. Gegenstände, zu deren Veräußerung die Genehmigung des Gegenvormundes oder des Vormundschaftsgerichtes erforderlich ist, darf der Vormund dem Mündel zur Erfüllung eines von letzterem geschlossenen Vertrages oder zu freier Verfügung nicht ohne diese Genehmigung überlassen.

Im allgemeinen beziehen sich die vorstehenden Bestimmungen auch auf die Vormundschaft über Volljährige und auf die Pflegschaft. In Beziehung auf die erstere ist jedoch abweichend folgendes vorgeschrieben:

- a. der Vormund kann eine Ausstattung aus dem Vermögen des Mündels nur mit Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes versprechen oder gewähren;
- b. zu einem Miet- oder Pachtvertrage, sowie zu einem anderen Vertrage, durch den der Mündel zu wiederkehrenden Leistungen verpflichtet wird, bedarf der Vormund der Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes, wenn das Vertragsverhältnis länger als 4 Jahre dauern soll. Die oben

unter h aufgeführte Bestimmung bleibt jedoch unberührt.

Sowohl wegen der Sorge für die Person als auch wegen der Sorge für das Vermögen des Mündels haftet der Vormund dem Mündel für jeden aus einer Pflichtverletzung entstehenden Schaden, wenn ihm ein Verschulden zur Last fällt. Eine Pflichtverletzung liegt dann vor, wenn der Vormund die bei der Bestellung angebotene Verpflichtung zu treuer, gewissenhafter und den gesetzlichen Vorschriften entsprechender Führung der Vormundschaft verletzt, z. B. wenn er in einem Falle, in welchem ihm durch das Gesetz oder eine gültige Anordnung des Vormundschaftsgerichtes oder eines Dritten ein bestimmtes Handeln zur Pflicht gemacht ist, diesem Gebote zuwiderhandelt, wenn er zu einem Rechtsgeschäfte, zu welchem er der Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes bedarf, diese nicht einholt, wenn er Geld des Mündels nicht vorschriftsmäßig anlegt.

Ein Verschulden fällt dem Vormunde nicht nur dann zur Last, wenn er vorsätzlich, sondern schon dann, wenn er aus Fahrlässigkeit, d. h. unter Außerachtlassung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt, seine Pflichten verletzt.

Der Gegenvormund haftet in gleicher Weise wie der Vormund.

#### § 44.

### **Ueberwachung der Vormünder rücksichtlich pflichtmäßiger Fürsorge für die Person des Mündels.**

Der Waisenrat hat in Unterstützung des Vormundschaftsgerichtes darüber zu wachen, daß die Vormünder der sich in seinem Bezirke aufhaltenden Mündel für die Person der Mündel, insbesondere für ihre Erziehung



und ihre körperliche Pflege, pflichtmäßig Sorge tragen. Er hat dem Vormundschaftsgerichte Mängel und Pflichtwidrigkeiten, die er in dieser Hinsicht wahrnimmt, anzuzeigen und auf Erfordern über das persönliche Ergehen und das Verhalten eines Mündels Auskunft zu erteilen.

Um hierzu im Stande zu sein, hat sich der Waisenrat nicht darauf zu beschränken, was ihm nur zufällig oder durch Beschwerden dritter Personen bekannt wird, vielmehr muß er mit denjenigen Personen, denen die Erziehung oder Verpflegung des Mündels anvertraut ist, oder bei denen der Mündel wohnt, ferner mit den Arbeitgebern, Dienstherrn oder Lehrherrn des Mündels eine stete Verbindung aufrecht erhalten, erforderlichenfalls den Mündel selbst auffuchen, oder ihn zu sich bestellen.

Wenn der Waisenrat bei dem Betreten der Wohnung des Mündels oder der Pfleger, Lehrherrn, Herrschaften usw. des Mündels Widerstand findet, oder wenn die erbetene Auskunft über den Mündel verweigert wird, so hat er sich weiterer, eigener Maßregeln zu enthalten, vielmehr dem Vormundschaftsgerichte Anzeige zu erstatten.

Die Aufmerksamkeit des Waisenrates hat sich sowohl darauf zu richten, daß dem Mündel die erforderliche körperliche Pflege zu teil wird, daß er ordnungsmäßig genährt und gekleidet und daß bei Krankheitsfällen die nötige ärztliche Hilfe zugezogen wird, als auch darauf, daß die Erziehung auf sittlicher Grundlage stattfindet. Ist der Vormund nicht in der Lage, die erforderliche körperliche Pflege des Mündels in gesunden und besonders in kranken Tagen und eine ordnungsmäßige Erziehung des Mündels mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu bewirken, so muß ihm der Waisenrat mit Rat und

Tat an die Hand gehen, damit unterhaltspflichtige Verwandte (vergl. §§ 1601 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches) oder die Gemeinde die erforderlichen Geldmittel und Unterstützungen gewähren.

Besonderer Fürsorge bedürfen erfahrungsgemäß die unehelichen Kinder, bei denen, zumal in den ersten Lebensjahren, sowohl die körperliche Pflege, als auch die Erziehung am meisten im argen zu liegen pflegt. Gerade bei ihnen werden die etwa angenommenen Waisenspflegerinnen gute Dienste leisten können. Der Waisenrat selbst hat aber vor allem dafür mit zu sorgen, daß der Vater der ihm gesetzlich obliegenden Unterhaltspflicht nachkommt. Hat sich die Mutter bei der Anordnung der Vormundschaft geweigert, dem Vormunde oder dem Vormundschaftsgerichte den Namen des Vaters zu nennen, so hat sie auch der Waisenrat darauf hinzuweisen, daß sie durch solche Handlungsweise sowohl sich selbst, als auch dem Kinde einen schlechten Dienst erweist, daß es vielmehr in ihrer beider wohlverstandenen Interesse liegt, die Unterhaltspflicht des Vaters sobald als möglich gerichtlich feststellen zu lassen, daß insbesondere bei einem etwa nötig werdenden Prozesse der Beweis durch die Hinauschiebung dieser Feststellung von Tage zu Tage schwieriger wird, und daß im Falle ihres Todes die Feststellung der Vaterschaft aller Wahrscheinlichkeit nach überhaupt unmöglich wird. Ist die Unterhaltspflicht des Vaters festgestellt, so hat sich der Waisenrat davon zu überzeugen, daß die vom Vater zu zahlende Geldrente tatsächlich gezahlt und für das Kind verwandt wird.

Nimmt der Waisenrat Mängel oder Ungehörigkeiten in der körperlichen Pflege oder in der Erziehung des Mündels wahr oder bemerkt er, daß der Mündel in schlechter Umgebung aufwächst oder gar selbst auf Abwege

geraten ist, so hat er auf Abstellung dieser Mängel hinzuwirken, insbesondere, soweit es sich um leichtere Fälle handelt, dem Vormunde Mitteilung zu machen und ihn an bessere Fürsorge für die Person des Mündels zu erinnern. Liegen schwerere Fälle vor, ist Gefahr im Verzuge, oder gibt der Vormund den an ihn gerichteten Erinnerungen keine Folge, so hat der Waisenrat dem Vormundschaftsgerichte und nöthigenfalls — insbesondere bei Gefahr im Verzuge — zugleich der Polizeibehörde Anzeige zu machen. Solche Mittheilungen sind stets ungesäumt zu machen und dürfen nicht zu allgemein gehalten sein, müssen vielmehr diejenigen Thatfachen, auf die es ankommt und die nach Ansicht des Waisenrates ein Einschreiten erfordern, darlegen und nach Möglichkeit die Zeugen und sonstigen Beweismittel dafür angeben. Bei der Ueberwachung der pflichtmäßigen Ausübung der Fürsorge für die Person der Mündel durch die Vormünder hat der Waisenrat auch darauf zu sehen, daß die Vormünder bei Verlegung des Aufenthaltes von Mündeln nach einem anderen Orte ihm die vorgeschriebene Anzeige machen, damit die erforderliche Mittheilung an den Gemeindewaisenrat des neuen Aufenthaltsortes gerichtet werden kann (vergl. näher § 50 Abs. 6).

Der Aufsicht des Waisenrates unterstehen alle sich in seinem Bezirke aufhaltenden oder ihm überwiesenen Mündel und Pflegebefohlenen, einerlei ob sie minderjährig oder volljährig sind.

#### § 45.

#### **Pflichten des Waisenrates rücksichtlich der Verwaltung des Vermögens des Mündels.**

Der Waisenrat hat dem Vormundschaftsgerichte Anzeige zu machen, sobald er Kennt-

nis von einer Gefährdung des Vermögens des Mündels erlangt.

Aus dieser Vorschrift ergibt sich, daß die dem Waisenrate rücksichtlich des Vermögens des Mündels auferlegte Aufsichtspflicht nur eine beschränkte, daß insbesondere eine Einmischung des Waisenrates in die Vermögensverwaltung des Vormundes, sowie eine fortgesetzte Beaufsichtigung des Vormundes bei der Vermögensverwaltung ausgeschlossen ist. Auf der anderen Seite wird aber durch die Bestimmung, welche die hier in Frage kommende Anzeige zu einer Amtspflicht macht, verhindert, daß der Waisenrat zu seiner Kenntnis gelangte Mißstände in der Vermögensverwaltung unbeachtet läßt.

Eine Gefährdung des Mündelvermögens liegt vor, wenn der Vormund die Verwaltung des Mündelvermögens nicht gemäß den ihm obliegenden, in § 43 angeführten Pflichten führt, insbesondere wenn er das Mündelvermögen unordentlich verwaltet, z. B. wenn er ein zum Vermögen des Mündels gehöriges Landgut nicht ordnungsmäßig bewirtschaftet, wenn er Mobilienvermögen des Mündels verschleudert oder verkommen läßt, oder wenn er Mündelgelder nicht ordnungsmäßig anlegt.

Uebrigens kann eine Gefährdung des Mündelvermögens auch ohne Verschulden des Vormundes eintreten, z. B. wenn der Vormund schwer erkrankt ist und dringende Vermögensangelegenheiten des Mündels zu erledigen sind.

Von einer Gefährdung des Mündelvermögens hat der Waisenrat dem Vormundschaftsgerichte sofort Anzeige zu erstatten, nachdem er davon Kenntnis erlangt hat.

Diese Anzeige ist nicht zu allgemein zu halten, sondern es sind diejenigen Tatsachen, auf welche es ankommt, und welche nach Ansicht des Waisenrates ein Einschreiten des

Vormundschaftsgerichtes erforderlich machen, nebst Beweismitteln so bestimmt als möglich anzugeben, damit das Gericht beurtheilen kann, in welcher Weise am zweckmäßigsten einzuschreiten ist.

### **Kapitel III.**

## **Mitwirkung des Waisenrates bei der öffentlichen Zwangserziehung Minderjähriger.**

### **§ 46.**

#### **Vorbemerkungen und Begriff der Zwangserziehung.**

Die öffentliche Zwangserziehung besteht darin, daß die Erziehung der ihrer Fürsorge anvertrauten Minderjährigen den Eltern oder Erziehern, Vormündern oder Pflégern auf gerichtliche Anordnung — auch gegen ihren Willen — genommen wird und unter staatlicher Aufsicht entweder in einer geeigneten Familie oder in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt erfolgt. Diese unter Aufsicht des Staates erfolgende Zwangserziehung, deren Kosten zunächst die Staatskasse trägt, findet statt, wenn:

- 1) das Vormundschaftsgericht bei einem Kinde unter zwölf Jahren, welches noch nicht mit einer kriminellen Strafe belegt werden kann, die Begehung einer an sich strafbaren Handlung festgestellt hat und die Zwangserziehung zur Verhütung weiterer, sittlicher Verwahrlosung für erforderlich erklärt;
- 2) das Vormundschaftsgericht die öffentliche Zwangserziehung angeordnet hat, weil der Inhaber der elterlichen Gewalt oder der Vormund oder der Pfléger das geistige oder leibliche Wohl des Kindes

dadurch gefährdet, daß er das Recht der Sorge für die Person des Kindes mißbraucht, das Kind vernachlässigt oder sich eines ehrlosen oder unsittlichen Verhaltens schuldig macht;

- 3) das Vormundschaftsgericht festgestellt hat, daß die Zwangserziehung zur Verhütung des völligen, sittlichen Verderbens des Minderjährigen notwendig ist;
- 4) bei einem Minderjährigen, welcher zur Zeit einer von ihm begangenen Straftat das zwölfte, aber noch nicht das 18. Lebensjahr vollendet hatte und die zur Erkenntnis der Strafbarkeit seiner Handlung erforderliche Einsicht nicht besaß, durch Strafurteil angeordnet ist, daß er in eine Erziehungs- oder Besserungsanstalt gebracht werden soll.

#### § 47.

#### **Pflichten des Waisentrates.**

Wenn Tatsachen, welche nach den im § 46 unter 1 bis 3 aufgeführten Bestimmungen die Anordnung der Zwangserziehung nötig machen, zur Kenntnis des Waisentrates kommen, so hat er diese Tatsachen ohne Verzug dem zuständigen Vormundschaftsgerichte mitzuteilen.

Eine Mitteilung im Falle des § 46 Nr. 4 ist nicht vorgeschrieben, weil in diesem Falle das weiter Erforderliche durch die zuständige Staatsanwaltschaft von Amts wegen zu veranlassen ist.

Zuständig ist für unter Vormundschaft, Pflegschaft oder Beistandschaft stehende Minderjährige dasjenige Vormundschaftsgericht, bei welchem die Vormundschaft, Pflegschaft oder Beistandschaft anhängig ist, andernfalls dasjenige Vormundschaftsgericht, in dessen Bezirke der Minderjährige zur Zeit der Einleitung des Verfahrens

seinen Wohnsitz oder in Ermangelung eines Wohnsitzes seinen Aufenthalt hat.

Der Waisenrat hat dem Vormundschaftsgerichte, welches mit den Erhebungen über die Notwendigkeit der Zwangserziehung befaßt ist, in gewissenhafter Weise Auskunft über die persönlichen Verhältnisse des in Frage kommenden Kindes und seiner Umgebung zu erteilen.

Der Vollzug der gerichtlichen Anordnungen über die Zwangserziehung eines Minderjährigen, insbesondere die Entscheidung darüber, ob der Minderjährige in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt oder in einer Familie unterzubringen ist, erfolgt für das Gebiet der Stadt Braunschweig durch die Herzogliche Polizeidirektion, im übrigen durch die Herzoglichen Kreisdirectionen. Auch dem Ersuchen dieser Behörden, ihnen über die persönlichen Verhältnisse eines Minderjährigen Auskunft zu erteilen, wird sich der Waisenrat nicht entziehen können.

Die genannten Landespolizeibehörden (Kreisdirectionen, Polizeidirektion) bedienen sich, wenn sie sich für die Unterbringung eines Zöglings in einer Familie — nicht in einer Anstalt — entschieden haben, zur Durchführung dieser Absicht der Mithilfe des „Evangelischen Vereines im Herzogtume Braunschweig“. Letzterer hat es übernommen, die Auswahl geeigneter Familien einschließlich solcher zu Lehr- und Dienststellen zu besorgen, den Erziehungsvertrag über den Zögling abzuschließen und für die Ueberwachung der ordnungsmäßigen Ausföhrung der Zwangserziehung in solchen Fällen Sorge zu tragen, und übt die Aufsicht hierbei durch die Vertrauenspersonen des Vereines aus. Der Waisenrat wird im Zusammenwirken mit den Beauftragten und Vertrauenspersonen des Vereines ihnen ihre Aufgabe, soweit es ihm möglich ist, erleichtern und sie unterstützen, insbesondere sie auf fühlbar gewordene

Mängel bei der Durchführung einer Zwangserziehung hinweisen. Geeignetenfalls wird er solche Wahrnehmungen auch der Landespolizeibehörde (Polizeidirektion Braunschweig, Kreisdirektion) anzeigen. Bezieht sich vorstehendes auf Fälle, in denen ein der Anstalt Wilhelmsstift in Bevern überwiesener Bögling vorläufig entlassen und in einem Lehr- oder Dienstverhältnisse untergebracht ist, so wird er der Direktion der Herzoglichen Erziehungsanstalt Wilhelmsstift zu Bevern Mitteilung machen.

## Kapitel IV.

### Listenföhrung und Formulare.

#### § 48.

#### Allgemeines.

Die vorgeschriebenen Mitteilungen des Vormundschaftsgerichtes, des Vormundes und des Standesbeamten an den Waisenrat (vergl. oben § 42 unter a und b) erfolgen zu dem Zwecke, um dem Waisenrate die Uebersicht über die sich in seinem Bezirke aufhaltenden Mündel zu verschaffen und zu erhalten. Zu diesem Zwecke ist der Inhalt solcher Mitteilungen unverzüglich nach ihrem Eingange in von dem Waisenrate zu föhrende Listen und Verzeichnisse einzutragen.

Die vorgeschriebenen und im nachstehenden einzeln aufgeföhrten Listen beziehen sich nur auf die dem Waisenrate obliegende Ueberwachung der sich in seinem Bezirke aufhaltenden Mündel.

Ueber die von ihm bei Anordnungen von Vormundschaften usw. zu machenden Vorschläge über die zu bestellenden Vormünder usw. und über die vom Waisenrate



zu erstattenden Anzeigen wegen der von ihm für erforderlich gehaltenen Eingriffe in die elterliche Gewalt und die Vermögensverwaltung der Vormünder sind keine Listen zu führen. Es bleibt jedoch dem Waisenrate unbenommen, von etwaigen derartigen Anzeigen kurze Notizen zu machen, z. B. in der Spalte „Bemerkungen“ der Mündelblätter oder auf Notizblättern.

Neben den Bestimmungen dieser Geschäftsanweisung bleiben die von den städtischen Gemeindevorständen oder ihren Vorsitzenden und die von den Aufsichtsbehörden etwa erlassenen, besonderen Anweisungen bestehen, soweit sie nicht im Widerspruch mit dieser Anweisung stehen.

#### § 49.

#### **Mündellisten.**

Ueber die von ihm zu überwachenden Mündel und Pflegebefohlenen hat der Waisenrat folgende

#### **„Mündelliste“**

zu führen.

# Mündel liste.

1	2	3	4	5	6
Lfd. Nr.	Bezeichnung der Vormundschaft oder Plegschaft. Name, Geburtstag und Religion des Mündels	Erste Wohnung des Mündels	Name, Stand und Wohnung des Vormundes oder Plegers	Gegenvormundes	Bemerkungen
1.	<i>Minderjährige Kinder des Kaufmanns August <b>Borchers</b> zu Braunschweig a. <b>Anton</b>, geb. 2. Juli 1886, luth. b. <b>Marie</b>, „ 3. Janr. 1889, „ c. <b>Heinrich</b>, „ 5. März 1893, „</i>	<i>Braunschweig Münzstrasse 7. Braunschweig Damm 6. dasselbst.</i>	<i>Kaufmann Heinrich <b>Meyer</b> zu Braunschweig Bohlweg 10.</i>	<i>Rentner Karl <b>Jung</b> zu Harzburg.</i>	
2.	<i>Unehelicher Sohn der Dienstmagd Auguste <b>Schrader</b> zu Braunschweig: <b>Hermann</b>, geb. 1. Juli 1896, luth.</i>	<i>Braunschweig Abelnkarre 7.</i>	<i><del>Schlösser Fritz Scholz zu Braun- schweig, Damm 6. Entlassen.</del> Jetzt Tischler Erich <b>Meyer</b> Braunschweig Bankplatz 6.</i>	—	
3.	<i>Wegen Geisteskrankheit entmündigter Maurer Gustav <b>Schmidt</b>, geb. am 3. Sep- tember 1857, kathol.</i>	<i>Braunschweig Kohlmarkt 8.</i>	<i>Kaufmann Julius <b>Huber</b> Braunschweig Auguststrasse 7.</i>	—	<i>Nach Wolfenbüttel ver- zogen. Gemeindevaisenrat ist benachrichtigt.</i>

Aus den Ueberschriften der einzelnen Spalten und aus dem vorstehenden Muster ersieht der Waisenrat, welche Eintragungen er zu machen hat. Im einzelnen ist noch folgendes zu bemerken:

In Spalte 2 sind die nähere Bezeichnung der Vormundschaft oder Pflegschaft, sowie die Namen und die Angaben über den Geburtstag und die Religion der sämtlichen einzelnen Mündel und Pflegebefohlenen einzutragen.

Gehören zu einer Vormundschaft mehrere Mündel, so sind sie unter fortlaufenden Buchstaben (a b c usw.) aufzuführen.

In Spalte 3 ist die erste Wohnung der Mündel einzutragen, während die späteren Wohnungsveränderungen in die Mündelblätter aufzunehmen sind.

In Spalte 6 ist alles aufzunehmen, was für den Waisenrat zur Beurteilung der Sachlage sonst wissenswert ist, insbesondere Tod, Volljährigkeitserklärung, Gründe, die eine besondere Beaufsichtigung einzelner Mündel erforderlich machen, Benachrichtigung des Gemeindewaisenrates bei Verlegung des Wohnsitzes usw.

Ist eine Vormundschaft oder Pflegschaft durch Volljährigkeit, Volljährigkeitserklärung, Tod, Annahme an Kindesstatt oder Fortzug der Mündel für den Waisenrat gänzlich erledigt, so ist die laufende Nummer zu durchstreichen.

Für jede Vormundschaft oder Pflegschaft ist ein größerer Raum zu nehmen, als dies hier in dem vorgedruckten Muster geschehen konnte, damit Veränderungen oder Nachträge vollständig und deutlich aufgenommen werden können.

In die Liste sind die dem Waisenrate vom Vormundschaftsgerichte und von den Vormündern zugehenden Mit-

theilungen sofort einzutragen, und sie ist durch Aufnahme derjenigen Thatachen zu berichtigen, welche durch eigene Wahrnehmung des Waisenrates oder durch Mittheilungen von anderer Seite zu seiner Kenntniß kommen.

Wird dem Waisenrate der Tod einer in der Liste als Vormund oder Gegenvormund oder Pfleger eingetragenen Person bekannt, so hat er nach § 49 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit dem Vormundschaftsgerichte sofort Anzeige zu machen und zugleich eine andere sich zum Vormunde usw. eignende Person vorzuschlagen. Auf Grund der Mündelliste kann der Waisenrat leicht prüfen und feststellen, ob und welche Vormundschaften beendigt, und welche Vormünder dadurch frei geworden sind und aufs neue als Vormünder in Vorschlag gebracht werden können.

## § 50.

### **Mündelblätter.**

Neben der Mündelliste hat der Waisenrat über jeden von ihm zu überwachenden Mündel oder Pflegebefohlenen ein Mündelblatt nach dem beigefügten Muster zu führen. Dieses ist erforderlich, da in die Mündelliste nicht alle Thatachen aufgenommen werden können, welche für den Waisenrat im Interesse des Mündels wissenswert sind.

Namentlich gilt dies von der Wohnung der Mündel, welche bei ärmeren Mündeln häufig zu wechseln pflegt, und von den durch den Waisenrat vorgenommenen, sehr wichtigen Revisionen des Mündels. Eine genaue Aufnahme des Zeitpunktes der von dem Waisenrate vorgenommenen Revisionen des Mündels ist bei größeren Waisenratsbezirken erforderlich, um dem Waisenrate stets eine Uebersicht darüber zu ermöglichen, welche Mündel er revidieren

muß, und ist außerdem im Interesse der Dienstaufsicht geboten.

Die Mündelblätter können beim Fortzuge des Mündels zur Benachrichtigung des Gemeindewaisenrates des neuen Aufenthaltsortes verwandt werden.

In Spalte 1 des Mündelblattes ist unter „Wohnung“ diejenige Wohnung zu bezeichnen, welche der Mündel bei Anordnung der Vormundschaft inne hat. In Spalte 3 sind Vermerke über besondere Tatsachen und Eigenschaften des Mündels aufzunehmen, welche sich bei den Revisionen herausgestellt haben und im Interesse der Fürsorge für die Person des Mündels wichtig sind, z. B. „ist kränklich und bedarf der ärztlichen Behandlung“, „neigt zum Leichtsinne“, oder dergleichen.

Die Mündelblätter sind von dem Waisenrate sofort nach Eintragung der Vormundschaft oder Pflegschaft in die Mündelliste auszufüllen, mit der Nummer der Mündelliste zu versehen und in einem Pappumschlage ungeheftet in der Reihenfolge der Eintragungen der Mündelliste aufzubewahren.

Beim Fortzuge eines Mündels aus dem Bezirke des Gemeindewaisenrates ist der Gemeindewaisenrat des neuen Aufenthaltsortes von dem Fortzuge zu benachrichtigen. Zu dieser Benachrichtigung ist das Mündelblatt in Urschrift zu verwenden; und zwar hat der Waisenrat in denjenigen Ortsgemeinden, wo der Gemeindewaisenrat aus mehreren Waisenräten besteht, wie besonders in den Städten, das Mündelblatt an den Vorsitzenden des Gemeindewaisenrates zu übersenden, der das Weitere veranlassen wird (Formular S. 86/89), dagegen in denjenigen Ortsgemeinden, wo der Gemeindewaisenrat nur aus einer

Person besteht, wie besonders in den kleineren Landgemeinden, das Mündelblatt an den Gemeindevorstand des neuen Aufenthaltsortes zu übersenden (Formular S. 90/93).

Ist die Vormundschaft über einen Mündel endgültig beendet, so ist das Mündelblatt ebenfalls zu entnehmen und zu vernichten.

1

**Mündelliste**

Nr. 2

**Mündel**

Gemeindewaisenrat

Des Mündels

Vor- und Zuname:  
Geburtstag und -Ort:  
Religion:  
Wohnung:  
Vormundschaftsgericht:

**blaff.**

Braunschweig.

Hermann Schrader.

1. Juli 1896, Braunschweig.

lutherisch.

Abelnkarre 2.

Amtsgericht Braunschweig.

2

Name, Stand, Wohnort des Vaters bzw. der Mutter,  
daneben deren Todestage:

Auguste Schrader, unverhehlicht, Dienstmagd,

Braunschweig, ~~Abelnkarre 2~~, Stecherstrasse 9<sup>II</sup>.

3

Bemerkungen:

ist kränklich und bedarf der ärztlichen Behandlung.

Für Ortsgemeinden, wo der Gemeindewaisenrat aus

4

Name und Wohnung des

Vormundes: Arbeiter Hans Richter

Braunschweig, Steinweg 3.

Gegenvormundes: —

Beistandes: —

Pflegers: —

mehreren Waisenräten besteht.

s. folg. Seite.





1	<div style="text-align: center;"> <h2 style="margin: 0;">Mündel</h2> <p style="margin: 0;">Gemeindewaisenrat</p> </div> <div style="border: 1px solid black; padding: 5px; margin: 10px auto; width: 150px; text-align: center;"> <b>Mündelliste</b>              Nr. 2         </div> <div style="margin-top: 20px;">             Des Mündels {             <div style="display: inline-block; vertical-align: top; margin-left: 10px;">                 Vor- und Zuname:                  Geburtstag und -Ort:                  Religion:                  Wohnung:                  Vormundschaftsgericht:             </div> </div>	<h2 style="margin: 0;">Blatt.</h2> <p style="margin: 0;">Linse.</p> <div style="margin-top: 20px;"> <i>August Lehmann.</i>  <i>15. Juli 1895, Bevern.</i>  <i>lutherisch.</i>  <i>Linse Nr. ass. 3.</i>  <i>Amtsgericht Holzminden.</i> </div>	
2	Name, Stand, Wohnort des Vaters bezw. der Mutter, daneben deren Todestage:	4	Name und Wohnung des
	<i>Marie Lehmann, unverehelicht, Dienstmagd,</i> <i>Linse Nr. ass. 3.</i>		Vormund: <i>Arbeiter Wilhelm Schlüter</i> <i>Linse Nr. ass. 10.</i>
3	Bemerkungen:		Gegenvormund: —
	<i>ist kränklich und bedarf der ärztlichen Behandlung.</i>		Beistandes: —
			Pflegers: —
	Für Ortsgemeinden, wo der Gemeindewaisenrat nur aus		einer Person besteht.



